

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Brief pränumerando
Biesteljahr 2.00 RM, monatlich 1.00 RM,
wöchentlich 30 Pf, von und durch
Eingelie Nummer 5 Pf, Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Abonnement: 1.20 Mark pro Monat
eingetragen in die Post-Verzeich-
nisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
über deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
Viert 30 Pf. (zwei 2 festgedruckte
Zeilen, jedes weitere Wort 10 Pf.
Zusatzgebühren und Spaltenan-
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
6 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 16. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Starke russische Angriffe im Serethgebiet.

Im Westen Patrouillengefächte. — Rus-
sisch-rumänische Angriffe nördlich des
Sufitatal. — Südlich des untersten Sereth
alle Orte genommen.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 15. Ja-
nuar 1917. (B. I. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme hält das lebhafteste Artilleriefeuer an.
Während an mehreren Stellen Vorstöße feindlicher Patrouillen
abgewiesen wurden, gelang es eigenen Erkundungsabteilungen
durch erfolgreiche Unternehmungen, Gefangene und Maschinen-
gewehre einzubringen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Bei trübem Wetter blieb die Gefechtsintensität gering.

Front des Generalsberst Erzherzog Joseph.
Nördlich des Sufita-Tales wurden unsere neu-
genommenen Stellungen von härteren russischen und rumänischen
Kräften angegriffen. Der Feind ist überall abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Zwischen Duzant und Sereth-Mündung wurde trotz un-
günstiger Witterung der letzte von den Russen südlich des Sereth
noch gehaltene Ort Baden im Sturm genommen.

Mazedonische Front.

Unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludenborff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 15. Januar, abends.
Im Westen und Osten geringe Gefechtsintensität.
Zwischen Casinu- und Sufitatal sowie bei
Fundeni sind starke russische Angriffe abgeschlagen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Januar 1917. (B. I. S.) Amlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Osmantische Truppen erzwangen gestern nachmittags das Dorf
Badeni, den letzten durch den Feind noch besetzt gehaltenen
Ort südlich des Sereth.

Am Südsügel der Heeresfront des Generalsberst Erz-
herzog Joseph führten Russen und Rumänen härte Angriffe gegen
die in den letzten Tagen von und gewonnenen Stellungen nörd-
lich des Sufita-Tales. Die Angreifer wurden überall ab-
geschlagen. Weiter nördlich nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Dolomitenfront sprengten unsere Truppen in der
vergangenen Nacht am Grossen Paganosi das Feindband
an der Südwand zwischen eigener und feindlicher Stellung ab.
Die Sprengung ist vollkommen gelungen, eine breite Kluft trennt
nun die beiden Gegner. An der Karstfront zeitweise etwas leb-
haftere Artilleriestätigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Saefer, Feldmarschalleutnant.

Die englische Seeschifffahrt
und der Unterseebootkrieg.

Von Heinrich Cunow.

Die zunehmende Torpedierung englischer Handelsschiffe
und die dadurch hervorgerufene Frachtraummot wird in der
englischen Handelswelt immer schwerer empfunden. Es ist
daher nur allzu begreiflich, wenn in der englischen Handels-
presse neben dem üblichen Lob auf die stolze englische Kriegs-
flotte, die Deutschland von jeder Nahrungsmittelzufuhr über
See abgeschnitten habe, die dringende Forderung eines
scharferen Vorgehens der britischen Kriegsschiffe und der be-
waffneten Handelsdampfer gegen die deutschen Unterseeboote
aufsteht. Die englische Kriegsflotte, heißt es, verfolge eine
zu defensive Politik und zeige allzu wenig Initiative. Un-
bedingt müsse mit aller Offensivkraft verfahren werden, die
deutsche Kriegsflotte, besonders die immer gefährlicher werdende
deutsche U-Bootmarine, zu zerstören, denn Deutschland
dürfe, wenn der Krieg zu Ende gehe, in keinem Falle mehr
seine Flotte haben. Wäre beispielsweise in der Seeschlacht
bei Jütland die deutsche Flotte vernichtet worden, dann hätte
England die volle Verfügung über die Ozeane, die deutschen
Unterseeboote könnten nicht aus ihren Höfen und Schut-
zpunkten heraus und England vermöchte eine freie unmit-
telbare Schiffsverbindung mit Rußland herzustellen.

Die Aufrechterhaltung der englischen Schifffahrt ist tal-
sächlich heute Englands größte Sorge. Sie ist weit wichtiger
für England als Siege in Südländern, an der Somme oder
über sonst irgendwo, denn die Fortsetzung des
Krieges in seiner jetzigen Ausdehnung ist
dem Vorkriegszustand nur möglich, wenn England
die Verfügung über einen genügenden
Handelsschiffsraum behält. Selbst es, die schon
jetzt vorhandene Knappheit dieses Raumes immer mehr zu
steigern, so steht die Entente vor dem Zusammenbruch.
Frankreich und Italien vermögen ohne die stetige Heran-
schaffung von Kohlen, Eisen und Lebensmitteln weder ihre
Munitionsfabrikation, noch ihren Eisenbahndienst, noch ihre
industrielle Tätigkeit fortzusetzen. Ebenso wäre Rußlands
Kriegführung mattgesetzt, wenn ihm die Zufuhr von Munition,
Waffen und Chemikalien aus den Ententeländern völlig ab-
geschnitten würde. England selbst aber braucht dringend
die freie Meereszufuhr von Nahrungsmitteln, die
durch die Tätigkeit der deutschen U-Boote immer
mehr in Frage gestellt wird. Denn in Eng-
land die Nahrungsmittelpreise ständig steigen und zum
Teil bereits beträchtlich höher stehen als in blockierten
Deutschen Reich, und wenn daher England, der Hort der
individualistischen Gesellschafts- und Staatsauffassung, sich ge-
zwungen sieht, zu ähnlichen staatssozialistischen und diktorischen
Maßnahmen zu greifen wie Deutschland, so liegt das
keineswegs allein daran, daß fast überall, auch in den nicht-
kriegführenden Ländern, die Preise gestiegen sind und die
Weltgetreiderente im Jahre 1916 besonders ungünstig aus-
gefallen ist. Diese Veränderungen der Lage des Weltmarktes
vermehrten nur noch die Lebensmittelknappheit und zu-
nehmende Teuerung in England; der hauptsächlichste Grund
ist jedoch die Schiffsraumnot und das dadurch bewirkte Steigen
der Schiffsfrachtraten. Die Getreidefrachten von New York
nach London sind seit Kriegsbeginn fast um das Zehnfache,
von Buenos Aires nach London um das Zwölffache gestiegen.

Freilich kommt diese Verringerung des dem Handel zur
Verfügung stehenden Schiffsraum nicht allein auf
Rechnung der U-Boottätigkeit; nicht minder trägt dazu bei,
daß die englische Admiralität zum Zweck der Truppen- und
Kriegsmaterialtransporte der britischen Handelsflotte einen
beträchtlichen Teil ihres Schiffsbestandes entzogen und in
ihren Dienst gestellt hat. Der Verlust, den die englische
Handelsflotte durch Unterseeboote, Minenexplosionen, Unglücks-
fälle usw. erlitten hat, dürfte bis Ende des Jahres 1916
vielleicht an 2,8 Millionen Brutto-Registertonnen betragen
haben, fast 14 Proz. der Gesamttonnage der britischen
Handelsmarine zu Beginn des Krieges. Dieser Ver-
lust wird freilich zum Teil durch die Indienststellung
neuer Schiffe ausgeglichen, aber doch nur zum Teil, so daß
sich im ganzen immer noch eine Abnahme von ungefähr vier
Prozent ergibt. Das scheint nicht viel zu sein, doch kommt in
Betracht, daß wie schon erwähnt wurde, die englische Admi-
ralität einen großen Teil der englischen Handelsflotte für mi-
litärische Zwecke requiriert hat. Nach einer kürzlich von Lord
Balfour gehaltenen Rede sind jetzt an 42 Proz. der gesamten
englischen Handelsflotte von der englischen Admiralität in Ver-
schlag genommen. Ferner muß in Rechnung gestellt werden, daß
die Handelsflotte der Mittelmächte größtenteils aus dem inter-
nationalen Verkehr ausgeschaltet ist; und diese Flotte war vor dem

Der Pariser Munitionsarbeiter-
streik.

Bern, 15. Januar. Nach dem „Matin“ hat die in den
letzten Tagen mit Ungeheurer Ermordete Lösung des Aus-
standes der Munitionsarbeiter noch nicht stattgefun-
den. Arbeitgeber und Vertreter der Arbeiterschaft legten
dem Munitionsminister Lohnsätze vor, die starke Unter-
schiede aufweisen, so daß beide Parteien den Vorschlag der
Gegenpartei für unannehmbar erklärten. Die Vertreter der
Arbeiterschaft fordern, daß die Lohnsätze
von Zeit zu Zeit redigiert werden sollten, da bei
fortdauernder Lebensmittelerhöhung die für
heute ausreichenden Lohnsätze in wenigen
Monaten schon zu dem Lebensunterhalt der Arbeiter
nicht mehr genügen. Ein obligatorisches Schieds-
gerichtsverfahren in der Lohnfrage sieht bei der Arbeiter-
schaft auf starkes Mißtrauen. Auch auf Frauen und nicht-
mobilitierte Arbeiter, so erklären die Vertreter der Arbeiter-
schaft, dürfe das Verfahren nicht angewandt werden, die Re-
gierung habe ja auch nicht das Recht, z. B. das Kapital für
Zwecke der Landesverteidigung zu requirieren. Minister
Thomas werde wohl keine ganze Autorität aufweisen müssen,
um zu einem schnellen Kompromiß zu gelangen.

Der Kampf um Schiffsraum.

England beschlagnahmt norwegische Tonnage.
Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Kristiania gemeldet
wird, erregt die Mitteilung Aufsehen, daß England begonnen
hat, die in England bestellte norwegische Tonnage zu be-
schlagnahmen. Nach dem „Intelligenzblatt“ ist der neue
gerade abgelieferte 6000-Tonnen-Dampfer „Wodesta“ und
der neue ebenfalls übergebene 10 000-Tonnen-Dampfer
„Kinda“, die beide schon die norwegische Flagge geführt
und eine norwegische Mannschaft bekommen haben, von den
englischen Behörden beschlagnahmt worden. „Kinda“ die seit
drei Wochen mit der norwegischen Flagge im Lynesflug
liegt, ist nunmehr mit der englischen grauen Kriegsfarbe
angestrichen, die norwegische Nationalfarbe ist übermalt und
adheraus sind Geiseln aufgestellt.
Die Mitteilung, daß die Reeder einiger neu-
traler Länder, wie Dänemark, ohne Regierungs-
erlaubnis die Fahrt für das Ausland verboten

haben, erweckt in der City Verwunderung. Dadurch würden
die Frachten höher steigen und die Frachtabschlüsse noch
schwieriger gemacht. Man fürchtet in London offenbar, daß
Norwegen, wie bereits die Presse in Kristiania angedeutet
hat, Dänemarks Beispiel folgt und es sich nach
„Verdensgang“ anschließen möchte, in den Repressalien Schwedens
Beispiel zu folgen.

Die Lage in Griechenland.

Eine neue venizelistische Inselbesetzung.

London, 14. Januar. Reuter meldet aus Athen: Aus
griechischen amtlichen Kreisen verlautet, daß die Venizelisten
die Insel Cerigo besetzt haben.
Cerigo ist der östlichen von den beiden großen Südbuchten
des Peloponnes vorgelagert. Die Insel sperrt diese Bucht
und ist auch für die Verbindung mit Arcadia und die Durch-
fahrt aus dem Mittelmeer ins Ägäische Meer von Wichtigkeit.

Griechische Truppenansammlung auf Euboea?

London, 15. Januar. „Daily Chronicle“ meldet aus Euboea,
das griechische Truppenkontingent auf der Insel sei nicht vermin-
dert worden, es sei im Gegenteil vergrößert worden, und noch immer
säßen Soldaten über die Brücke bei Chalkis nach der Insel. An-
geklärt seien diese Truppen Urolyder, aber daß Reichwärtig an
der Sache sei, daß sie nur des Nachts über die Brücke marschierten
und daß dabei auch Geschütze herübergeführt würden. Außerdem
sajen drei bis viertausend Gewehre und eine Menge Munition
noch der Insel geschickt worden. In Chalkis kommandieren der be-
kannte General Parios, dem vor kurzem angelommene könig-
treue Offiziere zur Seite ständen. Derselbe General habe die Ver-
haftungen zahlreicher Venizelisten durchzuführen verstanden; er
ruhe jetzt alle venizelistischen Beamten von ihren Posten ab und
befehle ihnen, sich in Chalkis zu melden.

Griechenland und Italien.

Vor der Antwort der griechischen Regierung auf das
Ultimatum der Entente hatte der griechische Ministerpräsident
mehrere Besprechungen mit dem italienischen Gesandten So-
dani, um Verhandlungen über diejenigen Forderungen des
Ultimatums herbeizuführen, bezüglich deren die griechische
Regierung Vorbehalte gemacht hatte.

Französische Kammerdelegierte nach Saloniki.

Paris, 14. Januar. Der Kammerauschuß für Aus-
wärtige Angelegenheiten hat drei Mitglieder der Kammer
nach Saloniki entsandt, wo sie genaue Untersuchungen über
die militärische und politische Lage vornehmen sollen.

Krieg an der Gesamtkommando der Welt Handelsflotte mit fast 11 Proz. beteiligt. Selbst heute dürfte der in- und ausländischen Häfen festliegende Schiffsraum der Mittelmächte immer noch um 11 Proz. der Weltkommando betragen. Weiter kommt hinzu, daß ein Teil der neu in Dienst gestellten Schiffe aus älteren schon abgelehnten, jetzt notdürftig reparierten Schiffen besteht, die weniger leistungsfähig sind, während nicht nur für militärische Zwecke, sondern auch für den Transport mancher Lebensmittel, ferner für Kohlen, Eisen, Holz usw. heute mehr Schiffsraum verlangt wird, als vor dem Kriege.

Um die drohende Gefahr abzuwehren, haben die englischen Reedereien nicht nur zahlreiche Schiffe der neutralen Staaten, vornehmlich Norwegens, gechartert, die englische Regierung ist auch dazu übergegangen, fremden Schiffen das Einnehmen englischer Kohlen und die Uebernahme von Frachten in englischen Häfen zu versagen und zu erschweren, falls die neutralen Schiffe sich nicht zur Ausführung sogenannter Pflichtfahrten verstehen, d. h. England Baumwolle zuführen oder Transporte solcher Waren nach Frankreich und Italien übernehmen.

Zugleich hat man begonnen, den englischen Schiffsbau zu forcieren. Während nach Lloyd's Register im ersten Vierteljahr 1916 in England nur 67 Schiffe mit einem Raumgehalt von 80 161 Brutto-Registertonnen vom Stapel liefen, sind im dritten Vierteljahr 1916 86 Schiffe mit 192 267 Brutto-Registertonnen vom Stapel gelassen worden, und während im ersten Vierteljahr 1916 nur mit dem Bau von 102 723 Registertonnen begonnen wurde, sind im dritten Quartal 20 120 Registertonnen neu in Angriff genommen worden.

Doch stärker als dieser Zuwachs ist der Verlust durch deutsche Unterseeboote, und so nimmt trotz aller Gewaltmaßnahmen, trotz allen Zwanges auf die Reedereien der neutralen Staaten der Handelsverkehr in den englischen Häfen fast ständig ab. Beispielsweise hat die Gesamtkommando der im letzten Monat November (vom Dezember fehlen noch die Nachrichten) in englische Häfen eingelaufenen Schiffe aller Nationen nur 2 555 508 Registertonnen betragen, 85 625 Tonnen weniger als im November 1915 und 432 065 Tonnen weniger als im November 1914. — Und dieser Verfall droht sich in aller nächster Zeit noch beträchtlich zu verschlechtern, denn trotz der hohen Frachtpreise und Gewinne zeigen infolge der energischen Tätigkeit der deutschen Tauchboote die holländischen, norwegischen, dänischen Reeder immer weniger Reigung, Baumwolletransporte für englische Rechnung auszuführen.

Die Lage wird für England äußerst gefährlich. Es ist anders gekommen, als man dort zu Beginn des Krieges träumte. Man gedachte Deutschland durch die englische Kriegsstärke leicht alle Zufuhr abzuschneiden und dadurch binnen kurzem auf die Knie zwingen zu können. Die Verhinderung aller Lebensmittelfuhr nach Deutschland ist England ja auch größtenteils geglückt, zugleich ist aber seine eigene Lebensmittelfuhr selbst immer mehr ins Stocken geraten.

Die neuen Noten der Mittelmächte und die Antwortnote der Entente.

Basel, 15. Januar. Das meldet aus Paris: Die Blätter sehen die neue deutsche und österreichische Note als eine Fortsetzung des Friedensmondoers an. Sie stellen die armseligen und kaum beachtenswerten Vordrohungen der Kisten und gemauerten Antwort der Entente gegenüber.

Von dieser Klarheit und Genauigkeit sind manche französische nachhastige Blätter keineswegs überzeugt. Der republikanische „Progrès de Lyon“ sagt laut Wolffs Bureau zu der Antwortnote der Entente an Wilson geradzuz: Einige Punkte der Note sind unklar. Wenn Einzelheiten in den Kriegsziele erst bei den Unterhandlungen bekanntgegeben werden sollen, so muß man dafür sorgen, daß die Diplomatie nicht, wie so oft zuvor, allzu willkürlich mit den Rechten der Völker umgeht; darunter hat der Frieden Europas schon zu oft gelitten. Die Frage der Verweisung der Türkei aus Europa muß man im gegebenen Augenblick eingehend prüfen. Freie Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus ist eine Lebensfrage für Anstalt, aber ob es deshalb nötig ist, Konstantinopel an Anstalt als Eigentum oder in Wahrung der Rechte aller Nachbarn nur als Besitz gleichsam zur Ruhestückung zu überlassen, darüber schweigt sich leider die Note aus. In militärischer Hinsicht muß man gewiß Vorkehrungen treffen, aber wenn sich hinter den Ausdrücken „Internationale Konventionen“ etwa Annektionsabsicht verbirgt, so wolle man nichts davon wissen.

In der „Humanität“ schreibt der Abgeordnete Renaudel: Die Entente hätte präzisieren sollen, was sie unter „Territorialen Konventionen und Rückgabe der früher den Alliierten entzogenen Provinzen oder Gebiete“ versteht. Man hätte sich die Vorkämpfer nennen und sagen sollen, daß man keine Eroberungs- oder Annektionsabsichten unter unpräzisen Ausdrücken verberge. Man hätte dann vermeiden, daß man von der Rückkehr Frankreichs aus links abseiner gesprochen habe, wie dies jetzt wieder der Fall sei. Es sei erklärlich, daß die Mittelmächte die Bedingungen der Alliierten übertrieben finden würden.

Kriegsziele und Friedensbedingungen.

Der Washingtoner Mitarbeiter der „N. Y. H.“ meldet seinem Blatte unterm 13. Januar: Heute besteht mehr Reigung, die Lage noch als hoffnungsvoll zu betrachten. Aber die Verhandlungsnote hat nicht nur Ueberraschungen, sondern auch Enttäuschungen hervorgerufen, da die erwarteten Zeichen einer, wenn auch nur schwachen Friedensneigung sich nicht gezeigt haben. Die amtlichen Kreise bewahren das aller strengste Stillschweigen, aber die erwüthende Wirkung der Verhandlungsnote ist unübersehbar. Präsident Wilson soll, wie berichtet wird, sehr verärgert sein und die Note geradzuz als eine Beleidigung empfinden. Er sei aber noch nicht ganz entmutigt. Die öffentliche Meinung verhält sich dahin, daß der Verband mit seiner Note seine amerikanischen Sympathien nicht verstärkt habe. Seine Forderungen werden als wohlthätig, übertrieben und als geradzuz lächerlich angesehen, sie wären nur dann berechtigt, wenn sie von einem Sieger kämen, der durch das Brandenburger Tor in Berlin einzog. Einige neutrale Beobachter finden, es stehe noch ein Ausweg in der Unterscheidung zwischen Kriegsziele und Friedensbedingungen. Die angeführten Kriegsziele seien bestimmt zur Ermütigung der eigenen Völker, die Friedensziele aber für den Verhandlungstisch. Ein Ergebnis der Verhandlungsnote wird überall zugabegen: daß sie den Bund der Mittelmächte fester denn je zusammengeheftet hat, namentlich soweit die Türkei und Bulgarien in Frage kommen. Die Bemerkung über die Umgestaltung der Landkarte nach dem Grundzuge der Nationalitäten wird als eine für England äußerst gefährliche Sache angesehen, da Deutschland mit Recht erwidern könne: Dann laßt uns mit Irland den Anfang machen.

Amliche Verichtigungen und belgische Note.

Bern, 14. Januar. Die Pariser Blätter veröffentlichen folgende amtliche Verichtigung der belgischen Note an Wilson: Anstatt wie gemeldet: „Belgien könnte nur einen Frieden annehmen, welcher ihm seine vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückgibt, welcher die Unversehrtheit seines Gebietes und seiner ostafrikanischen Kolonie verbürgt und ihm gleichzeitig gerechte Wiederergänzungen und sichere Garantien für die Zukunft schafft“ usw., muß es heißen: „Belgien könnte nur einen Frieden annehmen, welcher ihm gleichzeitig gerechte Entschädigungen und Sicherheiten sowie Garantien für die Zukunft verbürgt.“

Weiter anstatt: „Die Regierung des Königs hat die berechnete Hoffnung, daß bei der endgültigen Regelung dieses langen Krieges die Stimme der Vereinigten Staaten sich mit Kraft erheben wird“ usw., muß es heißen: „Die Regierung des Königs hat die berechnete Hoffnung, daß bei der endgültigen Regelung dieses langen Krieges die Stimme der Ententemächte in den Vereinigten Staaten einmütigen Widerhall finden wird“ usw.

Koloniale Kriegsziele Englands.

London, 14. Januar. „Observer“ schreibt: Es wird in der Note der Entente nichts von England und der Zukunft der von den Alliierten eroberten deutschen Kolonien gesagt. Im allgemeinen verlangt das englische Rittersland nichts für sich selbst. Südafrika, Australien und Neuseeland sind freie Dominions, jedes mit seiner Konstitution, und sie werden nicht zugehen, daß die deutsche Gefahr wieder in ihrer Rohbarheit aufsteht. Was die anderen feindlichen Kolonien betrifft, so wird dies von dem System abhängen, das in Deutschland selbst bestehen wird und von dem Werte der Garantien, die für die Erhaltung des zukünftigen Friedens gegeben werden. Niemand denkt daran, das deutsche Volk aller billigen wirtschaftlichen Ansprüchen zu berauben, aber der Handel darf nie mehr dem Militarismus dienstbar gemacht werden. Deutschland wird keinen Finger breit seines Kolonialbesitzes jemals wieder zurückhalten, wenn es nicht vollkommen sichere Garantien für sein zukünftiges gutes Verhalten gibt. Abgegeben von diesen Bedingungen wünschen wir nicht, das deutsche Volk ausbreitender wirtschaftlicher Gelegenheiten außerhalb seiner Grenzen zu berauben. Wahrscheinlich wurde es am besten sein, im osmanischen Reich und in Afrika ein internationales Gebiet zu schaffen, das unter gleichen Bedingungen Deutschland und allen anderen Ländern, natürlich auch den Vereinigten Staaten offen stehen würde. In dieser Sache sollte die britische Regierung, wenn die wichtigsten Kriegsziele erreicht sind, mit Mäßigung und Klugheit zu Werke gehen, vorausgesetzt, daß eine Aenderung des Systems und der Bestimmung in Deutschland selbst bemerkbar ist.

(Der „Observer“ ist also so gütig, es im Fall eines guten Verhaltens — wie der Vater in den „Räubern“ sagt — „beim Rade bewenden zu lassen“.)

Die parlamentarische Heereskontrolle in Frankreich.

Paris, 14. Januar. „Lyoner Blätter“ melden, der Vorsitzende des Heeresauschusses der Kammer Maginot habe dem Ausschuss eine Vorlage auf Ausdehnung und Verstärkung der Kontrolle und Untersuchungsbesugnisse der Armeekommissare vorgelegt. Die Kontrolle soll künftig ständig sein, und die Zahl der Armeekommissare auf 20 erhöht werden. An den Kriegsminister wurde eine Liste aller in der Schwebe befindlichen Fragen gesandt, über die dem Heeresauschuss trotz wiederholter Anfragen niemals Bescheid erteilt wurde.

Dieser Kampf um die Verstärkung der parlamentarischen Kontrollbesugnisse in Heeresangelegenheiten zieht sich in langer Linie durch die Zeit des Krieges. Die Kurve hatte ihren Höhepunkt bisher in dem Kriegsabchnitt, der durch den Zusammenbruch der Dardanellenaktion und das ihr parallele Ereignis der Abjagung Millerands als Kriegsminister und Vitiandis als Ministerpräsident bezeichnet ist. Jetzt hebt sich die Kurve abermals im Zeichen orientpolitischer Bedrängnis, und wiederum geschieht es unter der Begleitmusik von Klagen, die damals auch Millerand die Lage schwer machten.

Die Sorge des französischen Parlamentes um Saloniki wächst mit dem Grade der Bedrohung der fünf Milliarden Franz. die an diesem Plage investiert sind, und Saloniki ist Briands geschworenste Angelegenheit.

Einer von Sazonows Leuten.

Sazonow ist aufgestiegen und seine Spießgesellen steigen ebenfalls. Wie englische Blätter aus Petersburg erfahren, sind Entlassungen und Neuernennungen von Mitgliedern des russischen Reichsrats, in dem das Gewicht der Liberalen im letzten Jahre gewachsen war, vollzogen worden. Der fortschrittliche Block ist von der Rechten jetzt um ein Duzend Stimmen überflügelt worden. Das findet seinen Ausdruck in der Ernennung des während der großen inneren Krise von 1915 zurückgetretenen erzreaktionären Ministers Schischeglowitz zum Reichspräsidenten.

Die Bedeutung der Ernennung dieses Mannes, der als der Hauptling der ecktrussischen Leute galt und dessen Sturz als Justizminister die russischen Liberalen als wichtiges Ereignis gefeiert hatten, hat ihr Signal in dem seit Dezember merkllichen Wiederhervortreten Sazonows. Im Herbst 1915 war der englische Gesandte Buchanan Sazonows Widersacher, und Buchanan hatte damals in Keratow einen Helfer. Jetzt ist zwischen dem in Petersburg mächtigen Vertreter Englands und Sazonow eine Einigung zustande gekommen, die in demonstrativen Ehrungen vor der Öffentlichkeit bezeugt wurde und vielleicht mit dem Anstalt Russlands an den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland in einiger Beziehung steht. Auch dem Außenministerium wurde Sazonow unlängst angegliedert, und nun vollzog sich alsbald der Rücktritt jenes Keratow von seinem nicht lange vorher unter Trepow erworbenen Gehilfenposten im Ministerium des Leuhern. Sazonow ist eben wieder eine wichtige Nummer geworden, und vor ihm müssen andere weichen, ob sie auch wegen ihrer Sachkenntnis zu brauchen wären, wie das bei Keratow, der als ein Kenner des russischen Ostens gerühmt wurde, der Fall zu sein scheint.

Sind diese Schiedungen Anzeichen des Verlaufs der weiteren Veränderungen in der Ministerphäre Russlands? Es ist ja davon die Rede, daß das Ministerium Gollizow seine abschließende Lösung darstellen werde. Besonders aus englischen Blättern kommt diese Vorkämpfer, und dort weiß man über das, was in den oberen Regionen Russlands vorgeht, heute besser als je Bescheid. Bis in den Nordfall Kasputin hinein sollen nach neuesten Meldungen die Hände Buchanans reichen.

Die Beschließung von Galatz.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 13. Januar. Bulgarischer Heeresbericht.

Mazedonische Front: Ostlich der Cerna versuchten zwei feindliche Kompanien, sich unteren Stellungen zu nähern, sie wurden aber durch das Feuer vertrieben. Nur an manchen Stellen der Front schwaches Artilleriefeuer.

Rumänische Front: Vor Jacccea legten wir durch Artilleriefeuer ein feindliches Schiff in Brand, das brennend donauwärts trieb.

Sofia, 14. Januar. Bulgarischer Heeresbericht.

Mazedonische Front: Nur zwischen dem Vardar und dem Doiransee lebhaftere Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Der Feind griff südlich vom Dorfe Stojlowo an, aber sein Angriff wurde schon durch unser Feuer abgewiesen. Auf den übrigen Abschnitten der Front schwaches Artilleriefeuer.

Rumänische Front: An der unteren Donau, zwischen Galatz und Jacccea vereinzeltes Artilleriefeuer auf beiden Seiten. Von unserem Ufer aus bombardierten wir Militäranlagen in Galatz sowie den Bahnhof und die Eisenbahnbrücke in der Nähe der Stadt. Im Bahnhof brach ein Brand aus. Unsere Flugzeuge warfen Bomben auf den St. Georgsbahnhof und auf die nahe Flugzeugstation ab.

Die Kämpfe in der Moldau und am unteren Sereth.

Der russische Heeresbericht vom 13. Januar meldet: In der rumänischen Front vertrieb der Feind unsere Truppen von einer Anhöhe nördlich des Sionie-Flusses. Die feindlichen Angriffe auf die Anhöhen südlich vom Ditog-Fluss wurden alle abgelehnt. Die Rumänen griffen den Gegner westlich von Monastirka Kasinul am Kasinu-Fluss an. Nach einem heftigen Nahkampf gelang es ihnen, den Feind zurückzuwerfen, seine Gräben zu besetzen und 3 Maschinengewehre zu erbeuten.

Der russische Bericht vom 14. Januar sagt von der rumänischen Front: Die Deserter vertrieben südlich von dem Dorfe Butna im Tale des Putnosflusses eine Offensiv, wurden aber durch Feuer zurückgeworfen; ihre Angriffe auf unsere Abteilungen nördlich vom Sionie-Fluss und südlich vom Ditog wurden abgelehnt. Der Feind hat die Rumänen 6 Werst westlich von Ploedea, 18 Werst südlich von dem Zusammenfluß des Kasin mit dem Troius angegriffen, wurde aber abgelehnt. Feindliche Abteilungen versuchten eine Offensiv in der Gegend von Radulesci, 10 Werst östlich von Jocsani, wurden aber durch unser Feuer in ihre Ausgangsgräben zurückgeworfen. In Stärke von etwa drei Regimentern und von starker Artillerie unterstützt, hat der Feind an der Front unserer Gardes von Kotumichali am Sereth 60 Werst nach Sudent, 10 Werst nördlich von Kraitom die Offensiv ergriffen; nachdem unsere Vortruppen mehrere Angriffe abgelehnt hatten, räumten sie unter dem Druck der feindlichen Ueberlegenheit das Dorf Kotumichali.

Die Verluste der Rumänen.

Bern, 14. Januar. Französische Blätter veröffentlichen Nachrichten aus Rumänien, wonach von 600 000 Mann, die Rumänen zu Kriegsbeginn unter Waffen hatte, ungefähr 200 000 tot, verwundet oder vermisst sind, während sich etwa 100 000 in deutscher Gefangenschaft befinden.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 14. Januar. Amlicher Bericht.

Ostlich von Kut el Amara Artillerietätigkeit und Geschütz zwischen Aufklärungsabteilungen.

Persische Front: Wir warfen eine russische Kompanie zurück und zogen in Kasat ein.

Kaukasusfront: Kein Ereignis von Bedeutung. Auf den anderen Fronten nichts Wesentliches.

Von russischer Seite wird von der Kaukasusfront gemeldet: In der Nacht zum 12. Januar haben unsere Abteilungen südlich von dem Dorfe Zelme, 20 Werst südwestlich von Kalki, die Türken angegriffen; diese flohen; wir machten Gefangene, erbeuteten Waffen und zerstörten die Verteidigungswerke des Feindes.

Der Seekrieg.

Der U-Boot-Kreuzerrieg.

Französische Schiffsnote.

Bern, 14. Januar. Der Vorstand des Zentral-Komitees der Reeder Frankreichs stellte in der letzten Sitzung fest, daß die Vernichtung von Handelschiffen durch den U-Bootkrieg immer größeren Umfang annehme. In der letzten Woche seien 90 Handelschiffe, darunter 20 französische, versenkt worden. Infolge eines Regierungsverbotes sei es unmöglich, den Schiffsverlust durch Ankaufe im Ausland wieder zu ersetzen. Die französische Handelsflotte könne nur durch Neubauten reorganisiert werden, aber auch das sei unmöglich, da die Regierung trotz wiederholter Bemühungen der Reeder und Schiffbauer noch keine Maßnahmen ergriffen habe, die den Werften gestattet, sich mit dem nötigen Herstellungsmaterial zu versehen. Das Zentralkomitee macht die Regierung nochmals darauf aufmerksam, daß die französische Handelsmarine völlig zu verschwinden drohe, wenn die Werften nicht schnellstens Neubauten vornehmen könnten. Ferner habe die Neubildung des Marineministeriums leider zu weiterer Degeneration der Verwaltungsstellen für die Handelsmarine geführt.

Oesterreichischer Passagierdampfer ohne Warnung versenkt!

Wien, 15. Januar. Am 14. Januar vormittags wurde in den Gemässern Mitteladalmattens der kleine Passagierdampfer „Zagreb“ (ungefähr 500 Tonnen) von einem feindlichen Unterseeboot ohne Warnung versenkt. Dreizehn Mann von der Zivildemannung und dreizehn Fahrgäste sind ums Leben gekommen.

Die Tat erinnert wieder an die Versenkung des Spital-Schiffes „Elektra“ und des kleinen Kurzdampfers „Dubrovnik“.

Oesterreichische U-Boot-Verluste.

Rom, 14. Januar. Ein amtlicher Bericht des Marineministeriums sagt: Das feindliche Unterseeboot U. C. 12, das die deutsche Marine der Oesterreichisch-ungarischen abgetreten hat, fiel in unsere Gewalt und wurde unseren Torpedogeschwadern eingereicht. Ein anderes Unterseeboot, U. 12, der Oesterreichisch-ungarischen Marine ist ebenfalls in unserer Gewalt.

Außerdem gibt das Marineministerium bekannt, daß italienische und französische Wasserflugzeuge am Freitag eine Aufklärungsoffensiv unternahmen und über Pola Bomben auf feindliche Einheiten abwarfen. Gegenangriffe feindlicher Flugzeuge

wurden im Taftkampf zurückgeschlagen. Einem unserer Wasserflugzeuge kämpfte nacheinander mit drei feindlichen Flugzeugen und zwang sie zum Rückzuge. Bomben, die feindliche Flugzeuge auf unsere Torpedobote auf hoher See warfen, hatten keinen Erfolg. Alle unsere Luft- und Schiffseinheiten kehrten unbeschädigt an ihren Ausgangspunkt zurück.

U-Boot gegen bewaffnete Handelsdampfer.

Das vom Kapitänleutnant Knoult geführte deutsche U-Boot hat auf seiner letzten Fahrt wieder fünf englische Handelsdampfer, die bewaffnet waren, versenkt, die teils mit Weizen für England und teils mit Kohlen und Kriegsmaterial für Saloniki beladen waren. Von vier der versenkten Schiffe wurden die Kapitäne gefangen genommen.

Aufgebrachter Dampfer.

Kopenhagen, 14. Januar. Der dänische Dampfer „Thyra“ der von Kopenhagen nach Norwegen abgegangen war, ist der „Berlingske Tidende“ zufolge an der schwedischen Küste bei Galmstad von einem deutschen Dampfschiff aufgebrocht worden. Er passierte gestern den Sund auf der Fahrt nach einem deutschen Hafen.

Post über Vord.

Kopenhagen, 14. Januar. „Politiken“ berichtet, der schwedische Dampfer „Ingeborg“ sei vorgestern in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot angehalten und gezwungen worden, 700 Postfässer, die für Rußland, Rumänien, Italien und Japan bestimmt waren, über Vord zu werfen. Der Dampfer traf gestern in Göteborg ein und hatte noch 300 Postfässer an Bord, die für neutrale Länder bestimmt, daher unberührt geblieben waren.

Bericht. Reuter meldet: Der norwegische Dampfer „Westfold“ ist versenkt worden. Die dänische Kriegsversicherung erhielt ein Telegramm, wonach der dänische Dampfer „Luborg“ (2200 Tonnen) von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde. Der Dampfer befand sich auf einer englischen Pflichtenreise mit Kohlenladung von England nach Lissabon.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Militärflieger Sautage, der im französischen Generalstabbericht mehrmals erwähnt wurde, ist kürzlich im Luftkampf an der Somme abgeschossen worden.

Englisches Ausfuhrverbot für Leinwand. Die Vereinigung Rotterdam hat dem niederländischen Ueberseetrust den Bericht empfangen, daß die englische Regierung seine Bewilligung für Versendung von Leinwandwaren irgend welcher Art nach den Niederlanden gestattete.

Militärisches aus Holland. Amtlich wird aus dem Haag mitgeteilt: Der Jahrgang 1911 der unterrittenen Waffen, mit Ausnahme des Torpedoskorps und der Fortartillerie, wird vermutlich in der ersten Hälfte des Monats März beurlaubt werden.

Politische Uebersicht.

Der liebe Gott für den verschärften U-Boot-Krieg.

Auf einer Tagung des schleswig-holsteinischen Provinzialverbandes des Bundes der Landwirte hat der Vorsitzende dieses Bundes, Dr. Köfide, eine Rede gehalten, die nach mancher Richtung hin auffällig genannt werden muß. Herr Dr. Köfide gilt in den Kreisen der Landwirte als agitatorische Kraft; wir sehen in ihm insofern einen Agitator, als er sich in seinen Reden mit Vorliebe agitatorische Mittel bedient, wie sie ein Politiker, der nicht rein auf das Agitatorische eingestellt ist, verschmähen würde.

Nach Herrn Dr. Köfide ist auch der liebe Gott ein A-Deutschler! Wenigstens Dr. Köfide weiß dies ganz genau, denn er bekommt es fertig, zur Frage des U-Boot-Krieges folgendes auszuführen:

Der liebe Gott hat uns einen Fingerzeig gegeben. Er hat die Weltenernte so schlecht gestaltet, daß England seine Schwierigkeiten hat, um sich zu ernähren. Wenn wir aber England die Möglichkeit lassen, Schiffe, gefüllt mit Weizen, aus Australien, Indien usw. kommen zu lassen und wir dies nicht durchkreuzen, dann ist es zweifelhaft, ob der liebe Gott uns noch einmal eine solche Gelegenheit gibt. Denn er verlangt, daß man die Hand ergreift, die er ausstreckt. Ich hoffe, daß unsere Reichsleitung diese Hand ergreifen wird, daß sie es verstehen wird, sie zu ergreifen.

Also der liebe Gott selber verlangt den rücksichtslosen U-Boot-Krieg! Dann ist freilich jeder Widerspruch ausgeschlossen. Sind sich die Kreise um Dr. Köfide, die sich so gern ihres festen Gottesglaubens rühmen, der ungeheuren Blasphemie dieser Worte wirklich nicht bewußt?! — Uns scheint, der liebe Gott hätte nach diesen Worten seines angeblichen Verkünders weit mehr Ursache, Herrn Dr. Köfide abzuschütteln, als der Reichsfinanzminister, wie der Herr Dr. Köfide wieder einmal verlangt hat, den Genossen Scheidemann.

Die Entente an Wilson beantwortet Dr. Köfide mit der Aufstellung folgenden Kriegziels:

Dann dürfen wir und auch nicht scheuen, dem Gegner zu sagen, was für einen Frieden wir haben wollen. Scheidemann, der den Franzosen sagte: „Sie wissen gar nicht, welchen günstigen Frieden Sie haben können“, hat dann beiseite zu treten. Die Antwort auf die entfaltete Bernichtungsfeier der Entente ist: „Ihr wollt uns berauben! Dann Aug um Auge, Zahn um Zahn! Dann wollen wir uns nehmen, was wir zum nächsten Bestande Deutschlands brauchen.“ (Bravo!)

Beweist man seine moralische Ueberlegenheit über einen Räuber dadurch, daß man ihm nach seiner Niederwerfung erklärt: „Nun beraube ich dich meinerseits“?!

Wiederaufnahme der Landtagarbeiten:

Am Dienstag tritt der Landtag nach einer vierwöchentlichen Weidnadspause wieder zusammen. Zunächst verammelt sich nur das Abgeordnetenhaus, um den Etat und im Zusammenhang damit die Vorlage betreffend Bereitstellung weiterer Mittel für Zwecke der Kriegswohlfahrtsvereine entgegenzunehmen. Beide Vorlagen wird der Finanzminister begründen; die eigentliche Erörterung wird nicht vor Donnerstag beginnen. Voranschläglich wird sie in diesem Jahr einen hochpolitischen Charakter tragen. Nach den zahlreichen Auslassungen in der bürgerlichen, besonders der rechtsstehenden Presse zu urteilen werden die Parteien des Hauses es sich nicht nehmen lassen, wieder des langen und breiten über Angelegenheiten zu reden, die im Grunde genommen zur Zuständigkeit des Reichs gehören. Wir haben es ja schon im vorigen Jahre erlebt, daß von der Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses eingehend die Kriegsziele debattiert sind, daß man dort den Zustand und Lagezustand einer Erweiterung unterzogen und sogar versucht hat, für den verschärften U-Boot-Krieg Propaganda zu machen. An sich sind wir die letzten, die den Parlamenten der Einzelstaaten das Recht bestreiten, auch über Angelegenheiten des Reichs ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen, schon um ihre Vertreter im Bundesrat von den Wünschen und der Stimmung des Volkes zu unterrichten. Aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß der preussische Landtag sich bisher in Reichsangelegenheiten immer

nur dann einzumischen pflegte, wenn es galt, reaktionären Streunungen Vorstoß zu leisten.

Sache der Vertreter der Sozialdemokratie vor allem wird es sein, Sorge dafür zu tragen, daß die eigentlichen preussischen Angelegenheiten, in erster Linie die Wahlrechtsfrage, in den Debatten nicht zu kurz kommen und daß die Regierung gezwungen wird, sich endlich deutlicher als bisher über die Grundzüge der von ihr verheißenen Reorientierung der inneren Politik zu äußern.

Von sonstigem Beratungsstoff liegt dem Abgeordnetenhaus bis jetzt nur noch vor das Diätengesetz, dessen kommissarische Vorberatung noch nicht abgeschlossen ist, und einige Entwürfe aus der Mitte des Hauses, darunter der über die Befreiung der Dissidentenlinder vom Religionsunterricht. Dieser Antrag ist schon vor fast Jahresfrist der verstärkten Unterrichtscommission überwiegen worden, die aber bis heute noch keine Zeit gefunden hat, mit seiner Beratung zu beginnen. Erwartet wird in nächster Zeit noch die Einbringung eines neuen Fideikommissgesetzes, das im wesentlichen auf der Grundlage des 1914 eingebrachten, aber nicht verabschiedeten Entwurfs aufgebaut sein dürfte, aber in einigen Punkten den Wünschen der Parteien Rechnung tragen soll.

Das Herrenhaus findet an Beratungsstoff von größeren Vorlagen nur den Entwurf eines Schatzungsamtsgesetzes und den Gesetzentwurf betreffend die Förderung von Staatschaften vor, die beide das Abgeordnetenhaus bereits passiert haben.

In beiden Häusern harri außerdem noch der in Form eines Gesetzentwurfs geleitete Antrag betreffend Freilassung der Leuzerungsulagen von der Einkommensteuer seiner Verabschiedung.

Was die Regierung noch darüber an gesetzgeberischer Arbeit plant, darüber hat sie sich bislang nicht geäußert.

Deutsch-türkische Verträge.

Interim 11. Januar sind im Auswärtigen Amt von Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und des Osmanischen Reiches eine Reihe von Verträgen unterzeichnet worden, die bestimmt sind, die Rechtsbeziehungen zwischen den beiden Reichen in erschöpfender Weise zu regeln. Es sind dies: ein Konsularvertrag, ein Vertrag über Rechtsbehelf und gegenseitige Rechtsbehelfe in bürgerlichen Angelegenheiten, ein Auslieferungsvertrag, ein Niederlassungsvertrag sowie ein Vertrag über die gegenseitige Zuführung von Wehrpflichtigen und Fahnenpflichtigen der Land- und Seestreitkräfte. Dazu kommen fünf weitere Verträge, wonach die Bestimmungen der bezeichneten Rechtsverträge auf die deutschen Schutzgebiete, und besonders den Verhältnissen dieser Gebiete entsprechend, ausgebeht werden.

Die Verträge sollen das in der Türkei bisher in Geltung gewesene System der sogenannten Kapitulationen durch neue, dem modernen europäischen Völkerrecht entsprechende Bestimmungen ersetzen.

Ein Versprechen.

An der Spitze ihrer Montagabend-Ausgabe veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ eine Reihe Rundgebungen zur kaiserlichen Botschaft aus ihr naheliegender Kreisen, darunter eine Rundgebung des Vorstandes der deutschen konservativen Partei und eine solche des Bundes der Landwirte. In dieser heißt es:

In heiligem Jura über unsere Feinde, die Euer Majestät erhabenes Friedensangebot höhnisch zurückwiesen, begeistert für einen Kampf, der alles einlegt und Deutschlands ganze Kraft entfaltet, sind wir bereit, jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung zu übernehmen, die in einem solchen noch gesteigerten Kampfe für Deutschlands glückliche Zukunft das Vaterland von uns verlangt.

Das Gelöbniß jedes Offiziers, jeder Leistung und nicht zuletzt jeder Entbehrung beziehen wir in erster Linie auch auf die Lösung der Ernährungsfrage. Wir werden uns erlauben, zu gelegener Zeit an diese feierliche Versprechen zu erinnern.

Reformbedürfnisse in der Freikonservativen Partei.

In einer Artikelserie der „Post“ wendet sich der freikonservative Graf Otto Roltke, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, an seine Parteifreunde, um sie für eine Modernisierung der Freikonservativen Partei zu gewinnen. Er will die „Reorientierung“ im eigenen Hause beginnen, doch ermahnt er mit diesem Vorhaben offenbar heftigen Widerspruch seiner bisherigen Parteigenossen, die er einwenden läßt: „Bisher nimmst du das Recht zu solcher Kritik? ... Wir sind und bleiben die bewährten Alten. Wir füllen bisher unseren Platz aus und gehen es fürderhin zu tun — mit oder ohne dich!“ — „Gut, dann ohne mich“ erwidert Graf Roltke mit bemerkenswerter Entschlossenheit.

Die untrübe Berechtigung seiner Kritik verteidigt Graf Roltke mit einer Betrachtung über die geringe Werbekraft seiner Partei, die sich „noch vieler und großer Verdienste und Erfolge in politischen Einzelfragen, in der breiten Öffentlichkeit im Bewußtsein und Verständnis der Gesamtheit nicht hat durchsetzen können.“ Er fragt bestimmt:

Sollen wir in der größten Zeit deutscher Entwicklung wie bisher als beschidene Kauerblümchen an der Wand sitzen und warten, bis uns ein Verspäterer freundlichst trotz unserer vielleicht etwas verblühenen Reize engagiert?

So entscheidet sich denn Graf Roltke für den Weg der Reorientierung, „wenn er auch etwas uneben, holprig und teilweise nicht ungefährlich ist.“

In einem zweiten Artikel sucht Graf Roltke einige Richtlinien für die Reorientierung in der Reichspolitik zu geben. Zwei Punkte greift er heraus. Bei dem ersten kommt er jedoch nicht über einige Allgemeinheiten hinaus. Er will angesichts der gemeinsamen Opfer für das Vaterland, der Ueberwindung aller Unterschiede im Schützengraben, das Einigende mehr hervortreten, das Trennende zurücktreten lassen. Der „kaufliche, spröde, oblige Gedanke der Volkseinheit dürfe nicht wieder verkommen.“ Lieber die praktische Durchführung dieses Gedankens, der u. E. notwendig auf die Forderung „gleiches Recht für alle“ hinausläuft, erfahren wir nichts. — Der zweite Punkt betrifft die auswärtige Politik. Hier erklärt sich der Verfasser mit der Schöpfung eines Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten einverstanden.

Weitere Artikel sollen folgen. In ihnen wird sich Graf Roltke vermutlich auch mit preussischen Fragen beschäftigen. Man darf darauf gespannt sein, ob er die Lehre der Schützengrabenähnlichkeit auf das preussische Wahlrecht anwenden wird.

Tisza sitzt fest.

Halbamtlich wird im Budapest verlautbart, daß die Gerüchte über eine Krise im Kabinett Tisza auf haltlosen und unwahren Behauptungen beruhen.

Zur österreichischen Parlamentsfrage

hat die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in einer Artikelreihe ihres Chefredakteurs Austerlitz über die Reform der Geschäftsordnung interessante Beiträge geliefert. Austerlitz hält bei der Größe des Hauses (516 Abgeordnete für 30 Millionen Staatsbürger), die geradezu zu marktschreierischer Reklame und zu Herdortreten durch Slandalmacherei anreize, bei der Unabzählbarkeit und dem Unernst so vieler Mitglieder und bei der Unselbstständigkeit und Rechnungsträgerei des Präsidenten eine Reform der Geschäftsordnung, die leichtfüßige Obstruktion unmöglich macht, für durchaus nötig. Er legt dar, daß diese Reform unter voller Einhaltung der Vorschriften der Geschäftsordnung in vier Sitzungen erledigt sein könne und daß alle Parteien nunmehr ein arbeitendes Parlament wollen. Eine Diktierung der Geschäftsordnung würde aber nur Erbitterung schaffen und das ihrer Absicht entgegengesetzte Ergebnis erzielen. Clemens von Martinig möge sich also nicht zu einem solch verderblichen Schritt entgegen seinem Willen bestimmen lassen.

Skandal und Duell.

Großes Aufsehen erregt in politischen Kreisen Budapests die Enthüllung des „Ny Est“, daß der Vizepräsident der Regierungspartei Baron Gabriel Daniell im Interesse eines Lieferungsmonopoliums beim Kriegsminister Krobatiin vermittelt habe. Als Mittelspersonen figurieren der Grundbesitzer Sebastiani und das Mitglied der Regierungspartei Ruzsaly. Die Enthüllung erfolgte nach Angaben Sebastianis und Ruzsaly's. Darauf wurde in der Presse die Darstellung Sebastianis als eine niederträchtige Verleumdung erklärt. Nunmehr hat Sebastiani den Abgeordneten Ruzsaly wegen Verleumdung zum Duell fordern lassen. Die Angelegenheit wird auch die Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses beschäftigen. Wunderbar ist, wie immer so auch hier, der naive Glaube, daß mit dem Florett ein Skandal geklärt werden könne.

Der Bundesrat beschloß gestern über die Festsetzung von Kurzen der zum Handel an deutschen Börsen zugelassenen Wertpapiere für die Veranlagung der Besitzsteuer und Kriegssteuer.

Zur Einberufung des bayerischen Landtags. Am 30. Januar wird der bayerische Landtag zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten. Eine der ersten Aufgaben der Sommer wird die Neuwahl des Präsidenten sein, da der bisherige Präsident, Dr. v. Otter, gestorben ist. Voraussichtlich wird nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ Hofrat v. Buchs zum Präsidenten, Oberbürgermeister v. Cajlmann zum ersten Vizepräsidenten gewählt werden. Das Schwerkgewicht der Verhandlungen werde auch diesmal wieder dem Hauptauschuß zufallen.

Liedrecht aus der Anwaltschaft ausgeschlossen. Der „Reichsangeiger“ meldet, daß der Rechtsanwalt Dr. Karl Liedrecht in den Listen der bei den Landgerichten I, II und III Berlin zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht worden ist. — Diese Streichung Liedrechts aus der Liste der Rechtsanwälte ist eine automatische Folge seiner rechtskräftigen Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe sowie der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Eine einmalige Leuzerungsunterstützung soll, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, auch den pensionierten Reichsbeamten und ihren Hinterbliebenen zuteil werden.

Aus der Partei.

Ein „verräterischer Akt“. Das Züricher „Volkswort“, ein Blatt, das sich noch sozialdemokratisch nennt, obwohl es schon ganz in den Anarchismus übergesprungen ist, schreibt zum „Manifest“ der deutschen Parteiposition das folgende:

Obwohl dieses Manifest nicht frei ist von pazifistischen Verschwommenheiten und Illusionen, ist es doch als eine solche Rundgebung der in der Frage der Verneinung jeglichen Krieges mit der Regierung und den herrschenden Klassen und der Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes auch während des Krieges einigen Opposition in Deutschland zu begrüßen. Das Manifest kam uns so gemäher und ist uns so wertvoller, als zu gleicher Zeit die deutsche Parteimehrheit sich nicht schent, die Ablehnung des Friedensangebotes durch die Entente dazu zu benutzen, um die Massen neuerdings zum Durchhalten aufzufordern, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges den „Feinden“ zuzuschreiben und somit geradezu die Geschäfte der reaktionären und rücksichtslosen imperialistischen Groberparteien zu besorgen. Da war es schon notwendig, daß gegenüber diesem neuesten verräterischen Akt auch die Stimme der anderen sich hören ließ, die ihr sozialistisches Gewissen noch nicht ganz verloren haben.

In derselben Nummer veröffentlicht dasselbe Blatt einen „theoretischen“ Leitartikel, der zu dem Ergebnis kommt, daß es dem mahren Sozialisten ganz Bursi sein könne, wer in einem Krieg zu oberst und wer zu unterst zu liegen kommt. Allerdings ein Standpunkt, der sich von jeder „Verschwommenheit“ fern hält. Da sich die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie aber zu diesem Gipfel der „Theorie“ noch nicht durchgerungen hat, wird sie weiter so „verräterisch“ sein, an ihrem eigenen Volk in Not und Gefahr keinen Verrat zu begehen. Was einige bedauernde Leute schreiben, die der Krieg um ihr bißchen Verstand gebracht hat, berührt sie wenig.

Letzte Nachrichten.

Eröffnung des polnischen Staatsrats.

Warschau, 13. Januar. Der provisorische Staatsrat wurde nach einem freierlichen Diskurs vor dem Sitzungspalast von Verhandlungen der Legionen empfangen. Graf Szepietki an der Spitze einer Ehrenkompagnie, sowie Offiziers- und Soldatendeputationen aller Regimenter meldeten, daß die Legionen der ersten rechtmäßigen polnischen Regierung militärische Ehren erwerben wollen. Die Staatsratsmitglieder stimmten als Antwort in den Ruf: Es lebe die polnische Armee! ein.

Waclaw von Rzymowski wurde zum Kronmarschall gewählt. Er legte das Gelöbniß ab, treu dem Vaterlande zu dienen. Zu seinem Vertreter wurde v. Mikulowski-Pomorski gewählt.

Der schwedische Reichstag.

Kopenhagen, 13. Januar. „Berlingske Tidende“ urteilt aus Stockholm: Die neue Tagung des schwedischen Reichstags ist heute eröffnet worden. Wie verlautet, wird die Regierung im Reichstage eine Gesetzentwurf betreffend Einführung einer Zugssteuer auf Siggaren und Wein einbringen.

Die Postkarte in Schweden.

Kopenhagen, 13. Januar. „Berlingske Tidende“ urteilt aus Stockholm: Heute tritt in Schweden das Postkartensystem in Kraft.

Gewerkschaftliches.

Eine falsche Auslegung des Hilfsdienstgesetzes.

Man schreibt uns von besonderer Seite: Eine Berliner Kohlenfirma hat in ihren Geschäftsräumen ein Plakat ausgehängt mit der Überschrift „Vaterländischer Hilfsdienst“. Das Plakat hat folgenden Wortlaut:

Auch unter Betrieb gehört zu den im Hilfsdienstgesetz angeführten Betrieben.

Sie verweisen daher auf folgende Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916.

§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten sechzehnten und bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 9. Niemand darf einen Hilfsdienstpflichtigen in Beschäftigung nehmen, der bei einer der bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt gewesen ist, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Beweismutung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft wird bestraft:

1. Wer der angeordneten Uebertretung zu einer Beschäftigung nicht nachkommt oder sich ohne dringenden Grund beharrlich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten,

2. wer der Vorschrift in § 9 Abs. 1 zuwider einen Arbeiter beschäftigt.

Die Plakathersteller sind angewiesen, der Geschäftsleitung von jedem unbefugten Zutritt eines Hilfsdienstpflichtigen Mitteilung zu machen, damit alle derartigen Fälle in schärfster Weise verfolgt werden können.

Unterschrift der Firma.

Das ist ein Mißbrauch des Gesetzes. Von dem wichtigen § 9 wird nur der erste Absatz abgedruckt. Der zweite Absatz des § 9 gibt aber dem Arbeiter, dem der Abscheu verweigert wird, das Recht der Beschwerde an einen Ausschuss. Dieser Ausschuss, der sogenannte Schlichtungsausschuss, besteht aus einem Bevollmächtigten des Kriegsamts als Vorsitzendem und aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Ausschuss hat den Fall zu untersuchen und, wenn ein wichtiger Grund für das Ausschicken des Arbeiters vorliegt, diesem einen Abscheu auszustellen. Als wichtiger Grund — dies steht im dritten Absatz des § 9 — soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten. Der nun durch verstümmelten Abdruck des § 9 — also unter Weglassung der Absätze 2 und 3 — alle diese Bestimmungen, die zum Schutze des Arbeiters dienen, unterdrückt, der verfälscht damit den Sinn des Gesetzes. Das Kriegsgesetz wird gewiß nicht dulden, daß sich ein derartiger Fall wiederholt. Wenn überhaupt solche Anschläge gemacht werden, müssen sie den Inhalt des Gesetzes sachlich und unparteiisch wiedergeben und dürfen nicht den Anschein erwecken, als sei durch das Gesetz der Arbeiter dem Betriebsinhaber auf Gnade und Ungnade verfallen. Das Gesetz ist im Interesse des Vaterlandes erlassen worden und ruft das ganze Volk zur Mitarbeit auf. Dabei ist in erster Linie auf die freiwillige Teilnahme der Hilfsdienstpflichtigen geredet und die bisherigen Erfahrungen haben den ersichtlichen Beweis erbracht, daß diese Rechnung richtig war. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit waren natürlich unumgänglich. Aber sie alle sind durch paritätisch besetzte Ausschüsse mit den nötigen Rechtsgarantien versehen und ganz gewiß nicht bestimmt, dem einzelnen Arbeitgeber eine erhöhte Macht über seine Mitarbeiter zu verleihen. Daher verleihe Plakate, wie das angeführte, den Geist des Gesetzes und können nicht scharf genug gemißbilligt werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Rohrleger und Helfer.

Nach Vereinbarung des Arbeitgeberverbandes für das Rohrlegergewerbe mit dem Deutschen Metallarbeiterverband vor dem Einigungsamt des Generalobergerichts am 24. Oktober v. J. tritt mit Montag, den 16. Januar d. J., eine weitere Erhöhung der Feuererzulage um 7 Pf. pro Stunde ein. Arbeitnehmer, die diese Zulage nicht erhalten werden erlaubt.

Beschwerde bei dem Obmann der Arbeitnehmer-Schlichtungskommission, Kollegen W. Siering, einzureichen.
Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.
Die Ortsverwaltung.

Forderungen der Eisenkonstruktionsarbeiter.

Die in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben durch ihr Vorgehen während der Feuererzulage zweimal Zulagen erhalten, die zusammen 16 Pf. für Verarbeitete, 10 Pf. für Ledige pro Stunde betragen. Seit Bewilligung dieser Zulagen sind die Lebensmittelpreise weiter gestiegen. Die Arbeiter sehen sich deshalb genötigt, auch eine weitere Erhöhung ihrer Feuererzulagen zu fordern. Zu diesem Zweck hielten sie am Sonntag eine stark besuchte Versammlung im Sophienaal ab. Der Referent Busch begründete die von den Vertrauensmännern beratenen Forderungen: Gewährung einer erneuten Zulage zum Stundenlohn von 30 Pf. für Verarbeitete und 15 Pf. für Ledige außer den bereits früher bewilligten Zulagen. Diese Forderung gilt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, auch für die neuangeestellten. Dies zu betonen ist notwendig, weil es vorgekommen ist, daß nach Bewilligung der ersten Feuererzulage einzelne Arbeiter nur die zweite Zulage, also 8. beziehungsweise 5 Pf. statt 16. beziehungsweise 10 Pf. erhalten haben. Es soll deshalb ausdrücklich festgelegt werden, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gleichgültig, wann sie eingestellt werden, den vollen Betrag aller bewilligten Zulagen erhalten. Anlässlich der vorigen Bewilligung hatte eine Firma sämtliche Arbeiterinnen, angeblich wegen Mangel an Arbeit, entlassen, sie aber bald darauf wieder eingestellt, jedoch zu teilweise herabgesetzten Löhnen, daß diese einschließlich der Feuererzulage auf der alten Höhe blieben. Um die Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern, soll jetzt auch für Arbeiterinnen, ebenso für Arbeiter unter 17 Jahren, ein Einstellungslohn von 50 Pf. gefordert werden. Für erwachsene ungelernete Arbeiter beträgt der Einstellungslohn 65 Pf., für gelernte Arbeiter aber in der Eisenkonstruktion vorkommenden Berufszweige 80 Pf. pro Stunde. So bereits höhere Löhne gezahlt werden, dürfen sie nicht herabgesetzt werden. Der Referent betonte, daß diese Forderungen sehr mäßig sind, nicht nur im Hinblick auf die gegenwärtigen Feuererzulagenverhältnisse, sondern auch mit Rücksicht darauf, daß die Löhne in keinem Zweige der Metallindustrie so niedrig sind wie in den Eisenkonstruktionsbetrieben.

Einmündig erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die vorstehenden Forderungen den Unternehmern eingereicht werden. Gleichzeitig wurde eine Verhandlungskommission eingesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Zur Herstellung und zum Vertrieb von Karamell- und Malzbier ist in Berlin die Berliner Brauereivereinigung Monopol G. m. b. H. von fast allen hiesigen Brauereien mit Ausnahme der C. Engelhardt A.-G. mit einem nominellen Kapital von 100 000 M. gegründet. Durch die erweiterte und intensive Herstellung von obergärigerem, gerstebrenendem Malzbier an einer Produktionsstätte hofft man nach der „Fr. Ztg.“ nicht nur den Schwierigkeiten in der Gerstebeschaffung, die sich zurzeit zu einer Gerstenverre verdichtet haben, besser begegnen zu können; man hofft auch rationeller zu arbeiten, indem man nur an einer Stelle fabriziert und die gegenseitige Konkurrenz ausschaltet, damit gleichzeitig die schwierige Frage des Kundenkaufes löst, und man denkt ferner an eine Art Vorsorge gegen die Beschränkungen und Erhöhungen, die das Hilfsdienstgesetz den Brauereien wahrscheinlich nicht ersparen wird. Als gemeinsame Betriebsstätte ist das früher der Berliner Brauerei Silsebein gehörige, vor Monatsfrist von der Aktien-Brauerei Friedrichshain für 1,36 Millionen Mark erorbene Brauereigrundstück Tempelhofer Berg für einen längeren Zeitraum gepachtet. Die Engelhardt-Brauerei, die neben ihrem Berliner „Bilsner“ besonders obergäriges Malzbier herstellt, hat die neue Konkurrenz noch im letzten Augenblick ausschalten wollen, indem sie in der Generalversammlung der Berliner Brauerei Silsebein A.-G., die den Verkauf des Unternehmens an die Aktienbrauerei Friedrichshain am 5. Dezember 1916 beschlossen hat, ein höheres Angebot machte, das aber, fast nicht zum Nutzen der Aktionäre, von der sich bereits gebunden fühlenden Verwaltung der Silsebein A.-G. abgelehnt und von der durch die Parteigänger der Verwaltung beherrschten Generalversammlung auch verworfen wurde, worauf der Vertreter der

Engelhardt-Brauerei Protest einlegte. Das Ergebnis ist also: Zusammenschluß der Berliner Brauereien gegen eine bisher sehr prosperierende Außenleiterfirma. Die Brauerei Engelhardt hat in den letzten drei Jahren 10, 13, 15 Prozent Dividende verteilt.

Rekord der V. ungarischen Kriegsleihe.

Die ungarische Kriegsleihe, deren Ergebnis genau noch nicht feststeht, dürfte mehr als 2800 Millionen Kronen bringen, und so das Resultat der bisherigen Kriegsleihen übersteigern.

Gegen Prüfungen der Freiberechnung, die bei den Festlegungen im Bereich des 7. Armeekorps durchgeführt wurden, hat die Eisenfelder Handelskammer mit Erfolg Beschwerde unter Berufung auf die Erklärung des Staatssekretärs des Innern geführt, daß Gemeinbeschränkungen der Industrie nur mit steuerlichen Mitteln eintreten sollten! Wir erinnern uns nicht des Zusammenhanges, in welchem der Staatssekretär des Innern die behauptete Erklärung abgegeben haben soll, verweisen aber darauf, daß Kriegssamt sowohl wie preussisches Handelsministerium seit einiger Zeit nicht ohne jeden Erfolg versuchen, die Preise wichtiger Rohstoffe und Fabrikate niedrig zu halten.

Berichtszeitung.

Zu 37 000 Mark Geldstrafe wurden vom Chemnitzer Amtsgericht die Inhaber der Firma Theodor Kauer, Frau Linda Kauer und deren Geschäftsführer Ernst Koberger, verurteilt. Beide hatten Preiswucher mit Lebensmittelkonserven, dänischem Speckschmalz, Sparkaffee, Vanillespulver u. a. m. getrieben.

Aus Fürsorge für ihr Kind hatte die Arbeiterin Emma V. einen Eid geleistet, der ihr eine Anklage wegen wissentlichen Meineides eintrugte, die gestern das Schwurgericht am Landgericht II bestrafte. Die Angeklagte kam als ostpreussischer Flüchtling nach Reuland, wo sie nach einigen Monaten einem Kinde das Leben schenkte. Als diesem ein Vormund bestellt wurde, gab sie dem letzteren an, daß sie bei dem Ausbruch in Ostpreußen das Opfer eines Rotmattentatens durch drei russische Soldaten geworden und das Kind die betrübende Folge wäre. Der Vormund wandte sich deshalb, was sie beabsichtigt hatte, an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, um die Flüchtlingsfürsorge zu veranlassen, sich des Kindes anzunehmen. Der Oberpräsident veranlaßte ihre eidlische Vernehmung vor dem Reuländer Amtsgericht und hier wiederholte dann die Angeklagte nicht nur ihre früheren Angaben, sondern schilderte das Aientat noch mit allen Einzelheiten. Diese Erzählungen stellten sich bald als völlig unrichtig heraus, denn es ergab sich, daß das Kind aus einem Liebesverhältnis stammte, das die Angeklagte auf der Flucht mit einem Schweizer angeknüpft hatte. Ihr Verteidiger machte nun für sie geltend, daß ihre eidlische Aussage nicht als eine solche zu gelten habe, da sie tatsächlich in einem Verfahren vernommen worden sei, das tatsächlich gar nicht eingeleitet war. Die Geschworenen bestimmten die Schuldfrage und die Angeklagte wurde freigesprochen.

Salatölerer mit 99 Proz. Wasser und 10 Proz. Reingewinn. Der ehemalige Hofkoch G. und die Kaufleute G. und M. in Leipzig hatten sich im Februar vorigen Jahres zusammengetan zur Herstellung eines Salatölerer, den sie „Germa“ nannten. Sie haben damit ein sehr gutes Geschäft gemacht, denn bei einem Umsatz von 18 700 M. verdienten sie in vier Monaten rein 6 785 M. Im Juni wurde der Betrieb beschlagnahmt, da eine große Anzahl Unzufriedener Geldadigier einlief. Die drei genannten Personen fanden jetzt unter der Auflage der Nahrungsmittelfälschung und des Kriegspreiswuchers vor der fünften Strafkammer des Landgerichts Leipzig. Nach dem Gutachten des Sachverständigen bestand das „Germa“ aus 99,18 Proz. Wasser, der kleine Rest waren einige Gewürze, wie Salz, Traganth und dergleichen. Agar-Agar war der Verdickungsdicker zugesetzt und ein gelber Farbstoff zum Färben. Der Preis für das Kilogramm betrug zuerst 1,50 M., später 60 Pf. Die Preisprüfungsstelle Stuttgart hat den Kleinhandelspreis auf 40 Pf. festgesetzt. Die Angeklagten zahlten an ihre Reisenden 3170 M. Provision, was als ganz übermäßig bezeichnet werden muß. Trotzdem haben sie mit 49 Proz. Reingewinn gearbeitet. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten auf je einen Monat Gefängnis wegen Nahrungsmittelfälschung und Kriegspreiswuchers.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reuland; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhördt Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Diebstahl 1 Weißbrot und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Armut.
Volksbühne, Theat. u. Bühnenplatz.
Untergrundb. Schönhauser Tor.
7 1/2 Uhr: Die Ratten.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Jan der Wunderbare
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die vorläufige Tochter.
Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Auf Fügeln des Gesanges.
Mittw. u. Sonnab. nachtr. 3 1/2 Uhr: Uel's Märchenreise.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 U.: Peer Gynt, Musikv. Grieg.
Mittwoch, Donnerstag: Die beiden Klingenberg.
Deutsch. Künstler-Theater.
7 1/2 U.: Wölfe in der Nacht.
Mittw., Donnerst.: Wölfe in d. Nacht.
URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, 9 u. 11, 12, 11 u. 7 1/2, 11 u. 7 1/2, 11.
Das großartige Januarprogramm.
Die erfolgreichste, beliebteste
9 Ubr. **Vorant-Ausstellung** 9 Ubr.
Pantomime
Die Geierprinzessin.
Sonnabend 3 1/2, 11 u. wiederum:
Beim Weihnachtsmann.
Sonntag 3 1/2, 11 u. auch nachm.:
Die Geierprinzessin.

Zirkus A. Schumann
Heute und täglich
das große, anerkannt ausgezeichnete
Zirkusprogramm
und
Die Seeräuber.
Große Ausstattungspantomime in 4 Akten.
Die an Personal und Ausstattung sowie in ihrer Inszenierung großartigste Pantomime, welche je aufgeführt wurde.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Theater für Dienstag, 16. Januar.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
Die Entführung aus dem Serail.
Der Schneemann.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gehr. Herrfeld-Theater
7 1/2 Uhr: Der doppelte Buchhalter.
Posse mit Gesang und Tanz.
Kleines Theater
8 Uhr: Am Teetisch.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Der Puzta-Kavalier.
Lustspielhaus
7 1/2 U.: Der selige Balduin
mit Henry Bender.
Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater
7 Uhr: Die Csardasfürstin.
10 Min.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater 0.
7 1/2 Uhr: Will und Wiebke.
Schiller-Th. Charlottenbg.
7 1/2 U.: Der Familientag.
Thalia-Theater.
7 1/2 U.: Das Vagabundonmädel.
Theater am Nollendorfpl.
3 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut (Oper).
7 1/2 U.: Blaue Jungens.
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Fahrt ins Glück
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
7 1/2 U.: Willis Hochzeitstag.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Schloßpiel der Edelliebes:
St. Georg der Drahentöter.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Musikantenmädel.

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett
a. d. Oper „Der Prophet“
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7 1/2.

Palast
Anfang 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2,
„Berliner Bilder“
Otto Reutter
u. d. große Januar-Programm.

WINTERGARTEN
Wieder-Auftreten
Lillebil Christensen
in:
„Die grüne Flöte“
Ballettpantomime.
Inszenierung von
Max Reinhardt
sowie der
neue, abwechslungsreiche
Variété-Spielplan.

Possen-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Des Löwen Erwachen
Ent oder weder
Hoffmann's Schmus.

APOLLO THEATER
Friedrichstr. 218. Tel. Lützow 7341
7 Uhr 15
Der
glänzende Variété-Spielplan.
Dazu
Neptun auf Reisen
Ausstattungsposse
von Arnold und Bach.
Musik von R. Nelson.
Sensationeller Reiterkellereifolg!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu „Cabaret Feldgrau“
Anfang 7 1/2 Uhr
Sonntag
nachmitt. 3 Uhr
ebenfalls
Cabaret Feldgrau
Ermäß. Preise.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
Um 7 1/2 Uhr: Bunter Programm.
Um 9 1/2 Uhr: Die Schloßgeräusche
Gung in Groß-Berlin
Zwei helle Berliner
Berliner Humor — Berliner Figuren.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Einer vom U-Boot.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibrinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen
aller
Art
Artikel z. Gesundh. u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 69.
Lieferant für Krankenkassen.

Voigt-Theater.
Badstr. 52. Badstr. 58
Täglich: **Der Goldfuchs**
Gesangsposse in 4 Akten
von G. Jacobson und L. Gh.
Montag, den 22. 1.: Der Gelbige.
Benefiz für Dber:spiel. Heinrich Bach.
Rollenvergn. 6 1/2 U. Anfang 7 1/2 U.

Magenkrämpfe
Seit 26 Jahren erfolgreich erprobt u.
berühmt durch ihre große Wirkung bei
allen Magenbeschwerden. R. 2.50 M.
(Heine Pl. I.-M.). Acht nur mit Marke
„Medico“. Wo nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1917.

Im Monat Dezember sind die Verhandlungen über den Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1917 zum Abschluß gelangt. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 10 037 500 Mark, beide sind, wie dies heute überall der Fall ist, von den Kriegsverhältnissen stark beeinflusst. In der Einnahme werden an Beiträgen für Versicherungsmarken 12 300 000 M., an Zinsen 4 000 000 Mark erwartet. Die Einnahmen an Beiträgen für 1915 betragen 12 081 036,42 M., für 1916 waren sie auf 12 000 000 M. veranschlagt worden. Da dieser Voranschlag überschritten werden wird, sind für 1917 300 000 M. mehr eingestellt. Im Rechnungsjahre 1914 betragen die tatsächlichen Einnahmen aus Beiträgen 13 001 002 Mark; die Kriegsverhältnisse haben daher, wenn auch nur verhältnismäßig nicht bedeutende Mindererträge erzielt. Wenn sich trotzdem die Einnahmen auf einer erfreulichen Höhe halten konnten, so ist dies dem Umfange der Zunahme weiblicher Arbeitskräfte zuzuschreiben. Im Titel „Allgemeine Maßnahmen gemäß § 1274 der Reichsversicherungsordnung“ werden 1 075 050 M. als Einnahmen aus der Verpflegung der verwundeten und erkrankten Soldaten in dem Lazarett der Beelitzer Heilstätten erwartet. Die Einnahmen von Krankenkassen, die für Zahnheilkunde, welche von der Anstalt behandelt werden, einen gewissen Aufschlag zahlen, sind mit 7500 M. veranschlagt; aus Ertragsleistungen der Krankenkassen gemäß §§ 1518 und 1521 der RVO. werden, wie im Vorjahre, 162 000 M. erwartet, die Einnahme aus diesem Kapitel betrug im Rechnungsjahre 1915 tatsächlich 212 721 M. Unter den Ausgaben interessieren die Rentenleistungen nach den Bestimmungen der RVO. Die laufenden Rentenleistungen, insbesondere die Alters- und Invalidenrenten, sind in den Ausgaben mit 8 750 000 M. vorgegeben, eine Steigerung des Voranschlags gegen das Vorjahr um 750 000 M. Begründet wird diese Erhöhung der Ausgabe dieses Kapitels mit der erwarteten Steigerung der Altersrenten, durch die Herabsetzung der Anwartschaft vom 70. auf das 65. Lebensjahr. Im Rechnungsjahre 1915, in welchem die neue gesetzliche Bestimmung noch nicht in Frage kam, sind für diese Zwecke 7 161 800 M. verausgabt worden. Wegen dieses rechnungsmäßig abgeschlossene Jahr beträgt die veranschlagte Mehrausgabe über einundzwanzig Millionen Mark. Die Ausgaben für Witwenrenten sind mit 170 000 M., die Witwenrente mit dem recht geringen Betrage von 3000 M. veranschlagt. Dieser geringe Betrag für den Zweck der Witwenrente, wo auf den Einzelfall nur wenige Mark entfallen, zeigt, wie wenig den armen Witwen ausreichende Hilfe zu teil wird. Das liegt jedoch lediglich an den Vorschriften der RVO. Bei dem Wittwengeld, das bekanntlich nur einmal gewährt wird, ist eine Mehrausgabe von 70 000 M. vorgegeben. Bei dem leider noch immer anhaltenden Kriege ist auch eine Steigerung des Wittwengeldes zu erwarten. Es betrug bereits im Rechnungsjahre 1915 52 060 M. gegen das Jahr 1914 mehr 38 000 Mark, da in diesem Jahre nur rund 14 000 M. an Wittwengeld zur Auszahlung gelangte. Die Ausgabe für Witwenrente betrug im Rechnungsjahre 1915 nur 424 M. Während der Dauer des Krieges wird den Patienten, die gegen Krankheit versichert sind und auf Kosten der Anstalt einer Heilstätte überwiesen sind, bezw. deren zurückbleibenden Hausangehörigen das volle Krankengeld ihrer Krankenkasse als Hausgeld gezahlt. Im Etat für 1917 ist infolgedessen der Voranschlag der Ausgaben um 80 000 M. von 140 000 M. auf 170 000 M. erhöht worden.

Unter dem Titel „Allgemeine Maßnahmen“ gemäß § 1274 der Reichsversicherungsordnung sind in den Ausgaben 801 000 M. zu verschiedenen Zwecken in Bereitschaft gestellt, u. a. für die Zubereitungen des Betrag von 150 000 M., für die Erholungsstätten des Volksheilbädervereins vom Roten Kreuz 10 000 M., an laufenden Beiträgen für gemeinnützige Vereine und Veranstaltungen 21 000 M., an Kosten für Kinderkuren 40 000 M., für Kosten der Arbeitsloshilfe 100 000 M.; derlei Betrag wird an außerordentlichen Kriegsbüßen für gemeinnützige Zwecke und für die Fürsorge für Kriegsbetroffene zur Verfügung gestellt. Zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Seuchen sind ebenfalls 100 000 M. ausgeworfen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit 50 000 M., für Liebesgaben an die Truppen 100 000 M. An den Tuberkuloseausdruck der Zentralstelle für Kriegswohlfahrtspflege werden 30 000 M. gezahlt.

Die Kosten des zahnärztlichen Instituts, das von der Landesversicherungsanstalt unterhalten wird, und ebenso die Kosten für das Röntgenkabinett sind, wie im Vorjahre, mit 143 000 bzw. 6000 M. veranschlagt. Für Taschengelder und Unterstützungen an Pflegerinnen sind 24 000 M., für Kuren in Walderholungsstätten außerdem 46 000 M. ausgeworfen.

Das Kapitel „Versäufliche Aufwendungen“, Gehälter für die Bureau-Angestellten und Unterbeamten, für die bediensteten Mitglieder des Vorstandes und sonstige Ausgaben sind mit 1 258 000 M. in Voranschlag gebracht. Mehr als 200 der Beamten und Angestellten der Anstalt befinden sich im Felde. Für das aus Anlaß des Krieges eingeleitete Hilfspersonal werden 120 000 M. angefordert, für Kriegsterminalzulagen 90 000 M., für außerordentliche Kriegsunterstützungen 81 800 M. Die Pensionen für Beamte und die Bezüge für die hinterbliebenen ehemaligen Beamten und Angestellten erfordern 80 000 M. Die Ausgaben für sachliche Aufwendungen, Instandhaltung, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern usw., Bureau- und Rasenbedürfnisse u. a. sind mit 380 000 M. in Voranschlag gebracht. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 1465, 1468 und 1470 der Reichsversicherungsordnung) sind für die Ueberwachung insgesamt 210 000 M. als Ausgaben vorgegeben. Es wird mit einem etatsmäßigen Ueberschuß von 2 325 784 M. gerechnet.

Die Spezialetat Beelitz und Lichtenberg (Heilanstalten) kommen mit 1 542 200 M. in Einnahme, mit 3 618 932 M. in Ausgabe für Beelitz, mit 6 200 M. Einnahme und 280 000 M. Ausgabe für Lichtenberg in Rechnung.

Dem Voranschlag für die Heilanstalt Beelitz ist eine Leistung für 1412 Kranke bei einem Personalbestande von 433 Beschäftigten und rund 40 Gartenarbeitern zugrunde gelegt, desgleichen bei der Heilanstalt Lichtenberg für 90 Kranke, 48 stationär und 41 ambulanten bei einem Personalbestande von 80 Personen. Die Gehälter und Löhne und was damit zusammenhängt, machten für Beelitz die reisefähige Summe von 834 754 M. aus, für Lichtenberg 58 500 M. Darunter befinden sich für Beelitz nahezu 200 000 M. Löhne für Arbeiter während des Krieges. Bei Beelitz kommen neben der oben genannten Hauptsumme außerdem noch 74 100 M. Ausgaben für Löhne und Kriegszulagen für Maschinenpersonal und Handwerker in Betracht. Sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern wurde die Feuerungszulage um 50 Proz. von 18 M. monatlich auf 27,50 M., ebenso auch die Rinderteuerungszulage erhöht. Den Handwerkern in der Heilanstalt Beelitz wurde die tägliche Kriegszulage von 1,50 M., die bisher nur an einen kleinen Teil Handwerker gezahlt wurde, allgemein gewährt.

In der Landesversicherungsanstalt Berlin führt im Ausschuß jedes Jahr abwechselnd je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Vorsitz. Für das Jahr 1917 wurde als Vorsitzender des Ausschusses ein Vertreter der Versicherten, der Schlosser Eduard Wormis gewählt, als sein Stellvertreter fungiert für dieselbe Zeit der Kaufmann Jeroel.

Trotz der vier Etatjahre, die nun schon der Weltkrieg tobt, bietet der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin im allgemeinen ein erfreuliches Bild. Er legt Zeugnis ab von der kräftigen Organisation, die durch Mithilfe der organisierten Arbeiterkraft in der sozialpolitischen Versicherungslegislation geschaffen ist. Die

organisierten Arbeiter können diese Kraft und den Einfluß, den sie bei der praktischen Durchführung der sozialpolitischen Gelege bisher gehabt haben, nur erhalten durch einheitsliches und geschlossenes Auftreten.

Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo wieder über einen Friedensetat der Anstalt berichtet werden kann.

Aus Groß-Berlin.

Der Magistrat zur Verkehrsnot.

Dem Erlaß der Stadtverordneten, bei dem Polizeipräsidenten um Aufhebung oder Abänderung der Verordnung über die Verkehrsbeschränkungen vorliegend zu werden, hat der Magistrat in einem Schreiben vom 8. Januar entprochen, das erst jetzt bekannt wird. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Beschränkungen nach Ansicht der Stadtverordneten nur einen verschwindenden Einfluß auf den Kohlenverbrauch der Elektrizitätswerke ausüben, dagegen ganz außerordentliche Ersparnisse für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung mit sich führen. Von sich aus bemerkt der Magistrat, er glaube, daß die Anordnung einerseits erheblich über das Ziel hinausschießt, andererseits die erwünschte Ersparnis nur zu einem verhältnismäßig ganz unwesentlichen Teil zur Folge hat. Dann heißt es u. a. weiter:

„Wenn wir auch glauben, daß die Verkürzung der Polizeistunde in der Tat einen erheblichen Einfluß auf die Zeit, zu der die Verkehrsunternehmungen nützlich benutzt werden, ausübt, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß die Kürzung der Fahrpläne um 1 1/2 Stunden den Verhältnissen nicht gerecht wird. Nicht unerhebliche Teile unserer Arbeiterschaft sind genötigt, nachts von ihrer Arbeitstätte fortzugehen und eine Bahn zur Erreichung ihrer Wohnung zu benutzen, ohne daß die Festsetzung der Polizeistunden hierauf von Einwirkung wäre. Nicht nur das Zeitungs-gewerbe, in dem nachts gearbeitet werden muß, sondern auch andere Betriebe sind, besonders seit in der Kriegszeit alle Kräfte aufs äußerste ausgenutzt werden müssen, genötigt, nachts zu arbeiten. Eine Anpassung der Arbeitszeiten an die veränderten Fahrpläne wird nur in wenigen Fällen möglich sein. Denkt man ferner an den großen Kreis der Angestellten des Gastwirts-gewerbes, die ihre Arbeit erst längere Zeit nach der Polizeistunde abschließen können, sowie an die Kleriker und Hebammen, die ebenfalls häufig genötigt sind, Wege in der Nacht zurückzulegen, so dürfte ersichtlich sein, daß die Verkürzung der Fahrpläne außerordentliche Bedeutung für einen erheblichen Teil der Bevölkerung hat, und daß schwere Schwädigungen unausbleiblich sind, wenn die Verordnung durchgeführt wird.“

Ueber die Zahl der Personen, die in der Nacht die Straßenbahn benutzen, haben wir am 19. Dezember Erhebungen angestellt. Hieraus ergibt sich, daß ein starkes Bedürfnis nach Benutzung der Bahn bis etwa 12 1/2 Uhr besteht, und daß für die folgende Zeit immerhin noch eine größere Anzahl von Personen die Verkehrsunternehmungen benutzen.“

Zum Schluß erlaßt der Magistrat, eine Abänderung der Kürzung des Straßenbahnverkehrs nur in der Weise vorzunehmen, daß der Betrieb auf den verkehrsarmen Linien früher als bisher endet, daß aber auf allen verkehrsreichen Linien die Möglichkeit offen bleibt, daß auch noch in späterer Nachtzeit das Publikum von seiner Arbeitstätte nach Hause fahren kann.“

Die in der Eingabe erwähnte an neun Stellen vorgeschlossene Pählung hat ergeben, daß an diesen Stellen von 10 Uhr an bis 1 1/2 nachts über 52 000 Fahrgäste aus dem Stadtinnern und 37 000 nach dem Stadtinnern fuhren. Wenn man berücksichtigt, daß nur an 9 Punkten diese Feststellungen gemacht worden sind, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß ein sehr starkes Bedürfnis besteht, auch nachts die Straßenbahn zu benutzen. Von 12 bis 1 1/2 Uhr nachts wurden noch rund 30 000 Personen gezählt, die sich der Straßenbahnen an diesen 9 Stellen bedienten.

Die Kartoffelration der Vorversorgten.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit:

Durch Bundesratsverordnung vom 1. Dezember 1916 und Magistratsverordnung ist der höchstzulässige Tagesverbrauch für die Verbraucher zurzeit auf 1/2 Pfund für jeden Kopf festgesetzt worden. Dieser Regelung sind auch diejenigen Personen unterworfen, die ihren Bedarf durch Vermittlung der Stadt Berlin bei der Winterversorgung zentriertweise gedeckt oder von außerhalb Kartoffeln eingeführt haben. Auch diese Personen dürfen von ihrem Wintervorrat nicht mehr als 1/2 Pfund für jeden Tag oder 4 Pfund für jede Woche verbrauchen. Der Vorrat der Personen, die mit 1/2 Zentner, 1/4 Zentner oder 1 Zentner durch Vermittlung der Stadt beliefert worden sind, muß daher über den ursprünglich in Aussicht genommenen Endvorrat vom 18. März 1917 hinaus mindestens bis zum 6. Mai 1917 reichen. Soweit eine Belieferung von außerhalb stattgefunden hat, erfolgt die Berechnung in der Weise, daß bis zum 31. Dezember 1916 für jeden Tag und Kopf 1 Pfund und vom 1. Januar 1917 an 1/2 Pfund in Anlaß kommt. Niemand darf von seinem Vorrat mehr verbrauchen, als dieser Berechnung entspricht. Wer vorzeitig Anträge auf Ausgabe neuer Kartoffelkarten stellt, hat die unbedingte Ablehnung seines Antrages zu gewärtigen.

Damit der Verbraucher seinen täglichen oder wöchentlichen Höchstbedarf von 1/2 Pfund oder 4 Pfund leicht feststellen und sicher einhalten kann, wird ihm dringend angetragen, daß er sich auf seiner eigenen Waage ein kleine Menge enthaltendes Maß genau ausmisst und dieses Maß seinem täglichen oder wöchentlichen Verbrauch stets zugrunde legt. Soweit der Verbraucher keine Waage besitzt, und diese auch nicht von seinem Kochherd zum einmaligen Abwiegen des Probemasses beschaffen kann, wird ihm bei seinem Kartoffelhändler oder auf der Brotkommission eine Waage zu diesem Zweck bereitwillig zur Verfügung gestellt werden. Es liegt im eigenen Interesse des Verbrauchers, die Innehaltung des ihm gesetzlich zustehenden Höchstverbrauches genau zu überwachen.

Wasserkauer Käse. Eine Abordnung der neugegründeten Stadtverwaltung von Warschau ist in Berlin eingetroffen, um die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt im einzelnen zu studieren. Die Abgesandten wurden vom Oberbürgermeister Bermuth empfangen und in den Kreis der ihrem Studium unterliegenden Aufgaben eingeführt. Demnächst beschäftigen sie die sie besonders interessierenden Verwaltungsteile, daneben aber auch die Kriegseinrichtungen der Stadt Berlin, so die Brotversorgung und anderes.

Unterjagte Kundgebung. Aus Anlaß der auch an den Plakatstellen angehefteten Kundgebung des Reichers „An das deutsche Volk!“ hat die Studentenschaft der Berliner Universität eine patriotische Kundgebung geplant, wozu die Teilnehmer sich Sonntagabend 1/2 6 Uhr im Universitätsgebäude einfinden sollten. Wie die Demonstration gedacht war (Hymne, Reden, Ansprachen?), darüber verlautet nichts. Sie wurde indes vom Polizeipräsidenten unterbott.

Feststelle Groß-Berlin (Milk). Der größte Teil der Bureaus ist nach Poststr. 6. Quartier 7 verlegt worden. Auskunft wird von jetzt ab an die Milchhändler in Burgstraße 7 (Laden), an das Publikum Poststr. 18, Hof 1, erteilt. Fernanruf durch Zentrum Nr. 9088, 8285, 8385, 8985, 8784, 8785.

Wegen der Beleuchtung der Straßennetze hatte der Deutsche Uhrmacherbund an das Oberkommando eine Eingabe gerichtet, in der um Erlaubnis zur Erleuchtung dieser Netze gebeten wurde. Auf das Gesuch ist jetzt der Bescheid ergangen, daß die Beleuchtung der Straßennetze an den Uhrmacherläden als verboten anzusehen ist und Zuwiderhandlungen hoher Strafe unterliegen.

Kriegsfürsorge in der Schuhindustrie. Für die Arbeiter und Angestellten in der Schuhwarenindustrie Berlins hat der Magistrat beschlossene, eine besondere Kriegsfürsorge zu erteilen, wie sie schon für die Textilindustrie besteht.

Umsteigeverkehr auf der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Fahrgäste, die mit Umsteigefahrtscheinen auf den Linien 80 und 81 und der Salosstraße kommen und mit den Linien P und R in Richtung Spandauer See weiterfahren wollen, dürfen für die Folge nach Wahl am Luisenplatz oder an der Straßenbahn von Westen umsteigen. Für die Gegenrichtung verbleibt es bei der bisherigen Umsteigestelle Luisenplatz, Ecke Schlossstraße.

Ein studentischer Mittagsklub soll Mittwoch, 17. Januar eröffnet werden. Für diese Zwecke ist das Haus Friedrichstraße 80, Ecke Breitenstraße, bereitgestellt, in dessen drei Etagen 250 Personen zu gleicher Zeit ihr Mittagessen zum Preise von 1,25 M. einnehmen können. Die Gründung ist finanziert aus Geldbeträgen, die von Gönnern der Universität in Höhe von ca. 65 000 M. gesammelt wurden.

Zu dem Warenbetrug gegen die Stadt Neukölln wird gemeldet, daß es jetzt gelungen ist, auch den flüchtigen Kaufmann Köfener hinter Schloß und Diegel zu bringen. Er wurde in Singen in Baden ergriffen. Bei ihm fand man noch eine erhebliche Summe Geldes, die für die betrogene Stadtgemeinde sichergestellt wurde. Köfener wurde zunächst dem Amtsgericht Freiburg i. Br. zugeführt, und wird von dort erst nach Köln gebracht werden. Dort ist er auch von Grünberg i. Schl. der Schwindler Rindfleisch übergeben worden. Kellermann, der in Greiz ergriffen worden war, ist ebenfalls nach Köln gebracht worden, wo die Staatsanwaltschaft schon vorher einen Steckbrief gegen ihn erlassen hatte.

Auf der Straße geforscht ist Sonnabend die 72jährige Frau Wilhelmine Krause geb. Lohm an der Wilmersdorfer Straße 85. Die Greisin wollte am Nachmittag eine Beforgung machen und brach plötzlich vor dem Hause 48 in der genannten Straße bewußtlos zusammen. Vorübergehende brachten die Erkrankte zu einem Arzt, der aber nur den bereits infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen konnte.

Aus den Gemeinden.

Zur Nachwahl in Spandau-Osthavelland.

In Nr. 857 vom 30. Dezember brachten wir eine Erklärung des Bezirksvorstandes der Provinz Brandenburg gegen den Beschluß der Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Spandau-Osthavelland in Sachen der Kandidatenaussstellung für die bevorstehende Nachwahl. Zu dieser Erklärung nahm die neue Generalversammlung des Kreises, über die wir gestern berichtet haben, in einer langen Erklärung Stellung, der wir das Folgende entnehmen:

Die Art, in welcher die Kandidatenaussstellung erfolgte, war folgende: Nach einer circa dreistündigen prinzipiellen Aussprache gab der Vorsitzende die vorgeschlagenen Kandidaten bekannt und wollte zur Abstimmung überreden. Da jedoch bis dahin auch noch mit keiner Stimme über die Personfrage gesprochen war und auch sonst die lange Aussprache zwecks gewesen wäre, beschloß die Versammlung, zunächst eine Abstimmung vorzunehmen, ob ein Kandidat der Fraktionsmehrheit oder der Opposition aufgestellt werden soll. Die Abstimmung ergab mit 17 gegen 15 Stimmen die Aufstellung eines Kandidaten der Opposition. Nunmehr forderte Genosse Weis, als Vertreter des Bezirksvorstandes der Provinz Brandenburg, diejenigen 15 Genossen, die für die Mehrheitskandidaten gestimmt hatten, auf, bei der Abstimmung ihre Stimmen für den Mehrheitskandidaten E. Stahl abzugeben. Weil aber doch der Beschluß gefaßt war, einen Kandidaten der Opposition aufzustellen, konnte die Versammlung gar keinen anderen Standpunkt einnehmen, als die Stimmen für ungültig zu erklären, wenn sie nicht den soeben gefaßten Beschluß wieder aufheben wollte. Daraufhin erklärte der Vertreter des Bezirksvorstandes, Protest gegen die Wahl des Kandidaten zu erheben. Die nunmehr stattfindende Abstimmung ergab das bekannte Resultat: Genosse Stahl 15, Franz Wehring 9, Stab 8 Stimmen. Der Vorsitzende erklärte darauf Gen. Wehring als den Kandidaten des Kreises. . . .

Ferner enthält die Erklärung den Satz: „Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Opposition, mit 17 gegen 15 Stimmen, ihre zwei Stimmen betragende Mehrheit nur durch die Gültigkeitserklärung zweier unter allen Umständen ungültigen Mandate erreichen.“

Woher weiß denn der Bezirksvorstand, wie der eine oder andere Delegierte gestimmt hat? Da doch die Wahl, gerade auf Antrag der Anhänger der Fraktionsmehrheit, per Stimmzettel vorgenommen wurde. Aber abgesehen davon haben die Anhänger der Fraktionsmehrheit ihre 15 Stimmen nur durch die Gültigkeitserklärung zweier unter allen Umständen ungültigen Mandate erreicht. Denn die vor der Kreisgeneralversammlung stattgefundenen erweiterten Kreisvorsitzungsung hatte, auch mit Zustimmung des Vertreters des Bezirksvorstandes, den einstimmigen Beschluß gefaßt: „Die Zahl der Delegierten zu dieser Kreisgeneralversammlung nach dem Mitgliederbestand der letzten Quartalsabrechnung zu bemessen. Der Kreisvorsitzende und gleichzeitig Kandidat der Fraktionsmehrheit Genosse E. Stahl hatte jedoch aus zwei Orten, von denen der eine während der Dauer des Krieges überhaupt nicht und der andere am 31. März 1915 das letzte Mal abgerechnet hatte und auch laut der letzten Quartalsabrechnung keine Beitragsammler und Materialempfänger vorhanden waren, je einen Genossen geladen.“

Die beiden Mandate wurden von der Opposition beanstandet. Daraufhin beanstandeten die Anhänger der Fraktionsmehrheit das Mandat der Vertreterin der Frauen, sowie das des Mitgliedes der Fraktionsmehrheit der „Brandenburger Zeitung“. In allen übrigen Kreisgeneralversammlungen hat stets die Vertreterin der Frauen ein gültiges Mandat innegehabt. Die Wahl des erledigten Postens eines Fraktionskommissionsmitgliedes war ordnungsgemäß in der Kreisgeneralversammlung vorgenommen worden.

Nach einer stundenlangen Debatte wurden dann durch Kommissionsantrag sämtliche vier Mandate für gültig erklärt. Hinzu kommt aber noch, wie sich allerdings erst nachher herausgestellt hat, daß gerade ein Ortsverein, von dem bekannt war, daß er auf Seiten der Opposition stand und derselbe sich auch in einem Brief an den Kreisvorstand zur „Arbeitsgemeinschaft“ bekennt, gar nicht zur Kreisgeneralversammlung geladen war. Vom unvorhergesehenen, ordnungsgemäßen, demokratischen Standpunkt aus wäre das Stimmenverhältnis 18 für einen Kandidaten der Opposition und 18 für einen der Fraktionsmehrheit gewesen.

Daß die Opposition die bestimmte Erklärung abgegeben habe, „das Mandat lieber einem Konterpartnern wie einem Anhänger der Fraktionsmehrheit“ zu überlassen, ist purer Schwindel. Der Genosse Weis und noch ein Anhänger der Fraktionsmehrheit waren es ja gerade, die der Opposition diesen Vorwurf machten.“

Aberkennung von Gemeindevertretermandaten in Weissensee durch die Parteiopposition.

Am Donnerstag hat eine Generalversammlung des Wahlvereins Weissensee, die von 50-60 Personen besucht war, mit Mehrheit beschlossen, daß die Genossen W. L. S. Schlemminger und Laubmann ihre Gemeindevertreterämter nicht mehr im Auftrag des Wahlvereins ausüben. Wegen sie ihre Ämter nicht nieder, so könnten sie diese nur auf eigene Rechnung und Gefahr weiterführen. Der Grund dieses Beschlusses ist, daß die drei Genossen das Ansehen des „Vorwärts“ nicht aufrechterhalten wollen, und zugleich auch Mitglieder des „Vorwärts“ sind. Dazu wird uns von den Gemeindevertretern geschrieben: Mit einem Schläge will eine kleine Gruppe die Verletzung Tausender von Wählern rechtslos machen. Um diesen Wählern die Rechte nicht abzuziehen zu lassen, werden diese Genossen ihre Wahlperiode hindurch die Ämter nicht niederlegen, und nach wie vor die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen. Die Wähler sowie jedermann aus dem Volke wollen sich weiterhin vertrauensvoll an ihre Erwählten wenden, ihre Rechte werden durch un sinnige Beschlüsse einzelner rechtshaberischer und unioffener Leute keinerlei Einbuße erleiden.

Lebensmittelnachrichten aus Schöneberg. Vom 22. Januar ab werden die jetzt gültigen Kundenlisten für den Fleischbezug außer Kraft gesetzt. Die Einwohner müssen sich dabei in der Zeit vom 19. bis 22. Januar in den bei den Schlächtereisern ausgelegten Listen neu eintragen lassen.

Der Marktort verteilt von jetzt ab bis einschließlich 25. Januar in den durch besondere Verkaufsanschläge kenntlich gemachten Geschäften auf Abschnitt 49 der Lebensmittelkarte 275 Gramm Speisefleisch zu 28 Pf., oder 250 Gramm Marmelade zu 30 Pf., oder 250 Gramm Kunsthonig zu 25 Pf. Die Händler werden so reichlich mit Waren versehen, daß ein Anstellen zwecklos ist.

Vom 18. Januar ab — jedoch nicht früher — erteilt die Kaufmannsstelle — Neues Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 261 — mündlich nur am Fernsprecher Auskunft, in welchen Geschäften noch Ware vorhanden ist.

Lebensmittelverkauf in Reinickendorf. Vom Mittwoch, den 17. Januar bis zum 31. Januar wird in den größeren Lebensmittelgeschäften (darunter den drei Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft) Sirup zum Preise von 85 Pf. pro Pfund verkauft. Verabfolgt werden auf Abschnitt 11 der Lebensmittelkarte 75 Gramm.

Vom Donnerstag, den 18. bis Dienstag, den 20. Januar, werden in den fünf amtlichen Verkaufsstellen gegen Abstemplung der blauen Ausweislarve Perlinge zum Preise von 88, 48 und 50 Pf. verkauft. Es erhalten Haushaltungen von ein bis zwei Personen einen Hering, von drei bis vier Personen zwei Heringe, von fünf Personen und darüber drei Heringe.

Nachdem der Kreisverkehr von Niederbarnim den Umtausch von Fleischkarten gegen Bezugskarten auf andere Lebensmittel zugelassen hat, soll zunächst verknüpfweise davon

Gebrauch gemacht werden. Der Umtausch der Fleischkarten gegen Bezugskarten auf Graupen, Erbsen, Hülsenfrüchte oder Teigwaren kann im Lebensmittelbureau der Gemeinde erfolgen.

Kundenlisten für den Kartoffelbezug in Weissensee. Vom 22. Januar 1917 ab dürfen Speisefleischkarten nur in derjenigen Verkaufsstelle abgegeben werden, in der der Kartentinhaber in die Kundenliste eingetragen ist. Die Anmeldung dazu erfolgt in der Zeit bis zum 18. d. Mts. Wer ohne Bescheid an der Eintragung verhindert war, hat nachträglich einen schriftlichen Antrag an das Lebensmittelamt, Viktoriusstr. 24, zu richten. Diejenigen Personen, die Kartoffeln als Wintervorrat bezogen haben, sind erst dann berechtigt, sich anzumelden, wenn ihr Quantum nach den jetzt festgesetzten Rationen verbraucht sein darf. Eine Garantie, daß auch die auf ihn entfallenden Kartoffelmengen erhält, übernimmt der Gemeindevorstand nicht.

Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz in Gropend. Mit dem Hilfsdienstgesetz beschäftigt sich eine öffentliche Volksversammlung, die von 800 Personen besucht war. In 1 1/2 stündigen Ausführungen behandelte Genosse Cohen die Bestimmungen des Gesetzes. In der Aussprache nahm Genosse Gruhl (Textilarbeiter) das Wort, um die Verhältnisse bei der „Welfirma“ W. Spindler vorzutragen. Großen Eindruck machte die Mitteilung des Redners, daß, als auf Ersuchen der Firma vom Arbeitsnachweis in Berlin einige weibliche Arbeiterinnen verlangt und mehrere Arbeiterinnen zur Arbeitsaufnahme bei der Firma hinausgeschickt wurden, diesen ein Stundenlohn von 22 Pf. geboten wurde. Die üblichen Stundenlöhne betragen überhaupt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen dort 20 bis 45 Pf. Ein Schreiben des Arbeitsnachweises um Verhandlung zur Regelung der Lohnverhältnisse beantwortete die Firma ausweichend mit dem Bemerkung, daß sie erst die weitere Anwendung des Hilfsdienstgesetzes abwarten will. An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma W. Spindler richtete der Redner die dringende Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, die Gewerkschaft am Schluß seiner Ausführungen an die Versammlung im allgemeinen das gleiche Erjuden gestellt hatte.

Stadterordnetenversammlung in Bernau. In der letzten Sitzung wurde zunächst die Wahl des Vorstandes zur Stadterordnetenversammlung vorgenommen. Gewählt wurden als Vorsitzender Gruban, als Stellvertreter Thiele und als Schriftführer Genosse Helbig. Bei der Wahl der Rechnungsrevisions- und Statistenkommission wurden auch die Genossen Griebe und Helbig wiedergewählt. Der § 15 des Gemeindebeschlusses der Stadt Bernau zur Kriegsvorsorge für erwerbsfähige Angehörige und Arbeiter der Textilindustrie wurde aufgehoben. Dadurch erhalten von jetzt an auch die hausgewerblich beschäftigten Textilarbeiter Unterstützung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Relativ kalt, vorwiegend wolkig oder neblig und belandert im Süden öfter leichte Schneefälle, dazwischen zeitweise aufklarend.

Aus aller Welt.

Der am Sonntag gesunkene Kreuzer „Milwaukee“ wird, nach Meldungen aus Mexiko (Kalifornien), wahrscheinlich verloren gehen. Die Brandung des Meeres schlägt das Schiff in Stücke. Die „Milwaukee“ wurde im Jahre 1904 erbaut und hatte einen Inhalt von 11 000 Tonnen. Die Mannschaft bestand aus 727 Köpfen. Der Kreuzer war bewaffnet mit 14 15-Zentimeter-Kanonen, 18 7 1/2-Zentimeter-Kanonen und 4 3-Pfündern.

Durch eine Explosion in den Kühlräumen des städtischen Fleischtrosterwerks zu Pforzheim wurden drei Arbeiter verletzt und einer getötet.

Parteiveranstaltungen.

Sozialdemokratischer Ortsverein Köpenick. Mitgliederberaumung Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Stippkehl, Schönholzer Str. 5. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten. 2. Parteifragen und verschiedene. Um zahlreiches Besuch bittet der Vorstand. V. V.: Emil Wigler.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln-Brick-Buckow. Mittwoch, 17. Januar, 8 Uhr, Donaustr. 104: Vortrag über: „Soziale Gesetzgebung“. Sonntag, 21. Januar: Besuch der Urania, 3 Uhr Rathaus Ecke Oststraße.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. 3. IV. Col. rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Spezialisten bestimmten Ratgeber ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Willige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

N. S. 43. Das Testament ist in der Form gültig. — **N. S. 15.** Wenden Sie sich mit einer Anfrage an den Verband der Maler, Reichstr. 22. — **N. S. 15.** Der Gläubiger braucht mit der Ratensabstimmung nicht einverstanden zu sein. — **N. S. 6.** Sie sind von dem Zeitpunkt an, an dem Sie ein steuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, steuerpflichtig. — **N. S. 60.** 1. Ja, wenn keine Kinder des Verstorbenen vorhanden sind. 2. Ja. — **N. S. 42.** Landkulturmäßig wegen Krankheiten der Unterleibsorgane; gamsfondensvermehrbahig. — **N. S. 37.** Sie können ein Gehalt unter Darlegung Ihrer Verhältnisse an den Kompagnieführer richten. — **N. S. 4.** Sie müssen vom Nachlassgericht eine Abschrift des Testaments erbitten. Wenn das Testament in der von der Stichworte angegebenen Form verfaßt ist, können Sie dagegen nichts unternehmen. — **N. S. 203.** Für abgelaufenen Erfolg möchten wir uns nicht verbürgen. — **N. S. 611.** „Die Schminke“, Preis 2 Pf. Zu beziehen von der Buchhandlung Vorwärts, auch durch Herrn Speibauer. — **N. S. 50.** Valentinsmarkt H. Müller, Oßfischer Str. 16. — **N. S. 1890.** Ist unigültig und paßiert den Organismus unverändert. — **N. S. Klein.**

Sozialdemokratischer Ortsverein Brick-Buckow.
Am 12. Januar verstarb plötzlich an Herzlähmung, in der Garnison, unser Mitglied
Kurt Sellrich.
Ehre seinem Andenken!
198/17 Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 10.
Den Berufsangehörigen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Fräßdorf
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags, 24. Uhr, von dem Trauerhause, Straße 16 Nr. 3 in Marienburg, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Den Berufsangehörigen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Hermann Giebel
plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Garnison-Straßhofs in der Polenteide aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Der Vorstand.

Danksagung.
Von der Einsicherung meines lieben Mannes, des Schanzenwärters
Hugo Sorrer, Ziegel
zurückgeführt, sage ich auf diesem Wege allen Angehörigen, Verwandten, Gästen sowie dem Turnverein Eiche-Ziegel, den Herren Anstetern der Firma Barlig, dem Kaufmannverein „Ziegel 1906“ sowie den Herren vom Verband der freien Galtwirte, für die kostbaren Worte am Begräbnis des Verstorbenen meinen herzlichsten Dank.
136a Frau Emilia Sorrer, Galtwirtsin, Ziegel.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, legen wir allen Verwandten, Freunden Bekannten sowie der Direktion und dem Personal der Trauerkassette Julius Böhm, dem Verband der Sächsischen, insbesondere Herrn Baldeß Kanalle für die kostbaren Worte am Begräbnis tiefempfindlichen Dank.
136a Witwe Auguste Knospe nebst Tochter.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, legen wir allen Verwandten, Freunden Bekannten sowie der Direktion und dem Personal der Trauerkassette Julius Böhm, dem Verband der Sächsischen, insbesondere Herrn Baldeß Kanalle für die kostbaren Worte am Begräbnis tiefempfindlichen Dank.
136a Witwe Auguste Knospe nebst Tochter.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufsunfähigkeit. Teilzahlung.
Sprechstunden: 11-1 und 5-8.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unserer unermesslichen Gattin, Mutter, Schwester und Schwägerin, Frau
1756b
Margarete Hamacher geb. Putzki,
sowie die vielen Kranzpenden und die feinsten Beweise herzlicher Teilnahme, insbesondere die Blumenkränze der stigmatisierten Kollegen und Kolleginnen der Firma Finzer und die kostbaren Worte des Herrn Wanoße legen ihren besten Dank Die trauernden Hinterbliebenen.

General-Versammlung der Sterbe- u. Kranken-Unterstützungskasse Nr. 55
am Dienstag, den 23. Januar 1917, abends 8 Uhr,
im Kaiserhof, Linienstr. 8.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl in schwarzer Konfektion.
Auf Wunsch Rohanfertigung in 8 Stunden.
Rendierungen sofort u. gratis.
Ausstellungen bereitwilligst.
Fernspr. H. Norden 8510.

Lagerbier
Erst ist
Metus-Gold,
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Erst ist
Metus-Caramel
vollständig süßig, nahrhaft und wohlschmeckend.
Beid. Getränke sind ges. geschützt, werden uns. Garantie weder trübe noch sauer.
Cider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat. Bierunterstützer auf Wunsch gratis.
Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin, Marsiliustr. 21.
Fernspr. Königstadt 2049.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stabsbähnch
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden. (Spez. Chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, Internylose. Kurzzeitige Behandlung ohne Berufsunfähigkeit. Blutuntersuchung. Wegweizer. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stabsbähnch
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden. (Spez. Chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, Internylose. Kurzzeitige Behandlung ohne Berufsunfähigkeit. Blutuntersuchung. Wegweizer. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Das Deutsche Volk, in Blut und Wunden, aber eins in seiner Stärke und rassenhaft in seiner Größe, das ganze Deutsche Volk hat sich nunmehr erhoben, um niederzuzwingen seine Feinde.
Der nichtswürdige Anschlag, den die Neid, Haß, Rauhheit und klügeliche Verrät beborhen haben, zerschallt an der heldenhaften Kraft und dem überzeugten Opferwille dieses Volkes.
Den großen Geschichtsschreibern kommenden Jahr wird es vorbehalten sein, dem Weltkrieg ihre monumentalen Werke zu lassen. In diesem Buche ist nur der bescheidene Versuch unternommen, in engem Rahmen die geschichtlichen und psychologischen Vorgänge, die zu dem Ungeheuerlichen geführt haben, dem Verständnis des Deutschen Volkes näherzubringen.
Ihm, das mit ebenem Willen bereit ist, seine herrlichen Brüder in Welten mit der Arbeit seiner Hände und seines Geistes im letzten schweren Kampfe zu stärken, dem Deutschen Volke in seiner Gesamtheit, sind die „National-Bücher“ der National-Zeitung geweiht.

UNSERE FEINDE
VICTOR HAHN
DIE FRANZOSEN - DIE ENGLÄNDER - DIE RUSSEN

Preis 1 Mark
Erfolgreich in allen Buchhandlungen oder direkt vom Verlag der National-Zeitung, Abt. Buchverlag, Berlin NW6, Schiffbauerdamm 19.

Elektrolyt Georg Girth
Ist die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt beiseite auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenform. 50 Pfg. 1/2 u. 1 M. je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der Ludwig-Apothek, München 5, Neuhäuserstr. 8.

Toilette-Waschstücke
mit miser. Reizge. 82 Stück in Verpackung 7 Mk. ab hier Nachnahme. 1 Probierstück geg. Einverl. u. 40 Pf. frei.
J. Briest,
Plantenburg Platz 51.

Erste Deutsche Ersatzmittel-Ausstellung
verbunden mit Lebensmittelmesse
Eine Kriegsschau deutschen Gewerbfleißes
AUSSTELLUNGS-HALLEN AM ZOO
Nachmittags 4-7 Uhr: Konzert.
Täglich 10 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Eintritt 50 Pf.

Freireligiöse Gemeinde.
Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung der Gemeinde
bei Wilke, Sebastianstraße 39.
Das Vorstandsmittglied Herr Ernst Däumig wird einen Vortrag über das Thema: „Unsere Aufgaben“ halten. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. — Die Mitgliedskarte ist vorzuzeigen. 53/11

Schöneberg.
Donnerstag, den 18. Januar 1917, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathäusfalten (Tunnel), Reintinger Str. 8:
Gewerkschafts-Versammlung.
Tagesordnung:
Das Hilfsdienstpflicht-Gesetz.
Referent: Stadtst. Adolf Ritter-Berlin.
Diskussion. — Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Berufsangehörigen wird erwartet.
Die Gewerkschaftskommission.
V. V.: Carl Henkel, Reintinger Straße 8. 258/20

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 1987, 1289, 9714, 185.

Die Vertrauensleute-Konferenz der
Maschinenschlosser findet am Donnerstag,
den 18. Januar 1917, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bein-, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufsunfähig. Dr. Homeyer & Co. konzess. Laboratorium f. Blutuntersuchungen, Fäden f. Harn. Friedrichstr. 81, gegenüb. usw. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Heilanstalt
für naturgemäße Heilmittel: Licht- u. Elektro-Therapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Heilverfahren. Erfolgreich, langwierige Behandlung früher u. neuerer Krankheiten jeder Art! Jammern und Äußerer, mögl. ohne Berufsunfähigkeit. Sprech- u. Behandlungsz. 9-1 u. 4-7, Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr.
Berlin SO 16
Brückenstr. 10b II
am Jannowitz-Brühl.

Das Recht während des Krieges
Freis 40 Pf.
Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung, Kaufverträge, Miets, Abzahlungs-geschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeitsverpflichtung, Anstellungsverpflichtung, Zahlungsfrist u. v. a. Fragen, die das Rechtsverhältnis betreffen
Buchhandlung Vorwärts
17
Berlin, Lindenstr. 3

Heines Werte
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutschlands Schneezeit.

Von Dr. H. Hennig.

Welches sind die Monate des Jahres, in denen normalerweise mit Schneefällen und dem Vorhandensein einer Schneedecke in Deutschland geredet werden muß? Auf diese Frage, so einfach sie scheint, wird man aller Voraussicht nach recht verschiedene Antworten erhalten...

Wenn man den deutschen Städter fragt, wie sich in seiner Vorstellung die Verteilung des Schnees auf die Wintermonate normalerweise gestaltet, wird man in vielen, vielleicht in den meisten Fällen die Antwort erhalten, daß die ersten Schneefälle und die erste Schneedecke im Oktober zu erwarten sind...

Tatsächlich entspricht eine Schneeverteilung, wie sie eben beschrieben wurde, etwa einem normalen Winter tief im inneren Rußlands, in den meisten Teilen Deutschlands aber kommt durchschnittlich in vielen Jahrzehnten nur ein Winter vor, der jenem Verlauf entspricht.

Trägt man dann einem jener Erzähler vor, wie sich die Schneeverteilung im ebenen Deutschland wirklich zu gestalten pflegt, so begegnet man oft genug verwunderten Kopfschütteln und selbst ausgesprochenen Unglauben.

Damit soll nicht gesagt sein, daß im November und vereinzelt selbst im Oktober eine Schneedecke nicht schon vorkommt. Im Jahre 1915 lag eine solche z. B. im mittleren Norddeutschland vorübergehend schon am 29. Oktober, während vielfach noch grünes Laub an den Bäumen hing.

Wie sehr diese Tatsache der allgemeinen Vorstellung widerspricht, zeigt ein Blick in unsere schöne Literatur. Wo immer wir darin der Schilderung eines deutschen November- oder gar Dezemberabends begegnen, wie finden keine Witterung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nach einem festen Schema behandelt, das von der Wirklichkeit nicht unbedeutend abweicht.

Ums Menschentum.

Ein Schiller-Roman von Walter von Mola.

General Kieger ging voraus. Sie schritten durch lärmende, klingende Kertergänge, niegeds Stimme hallte brutal aus jedem Winkel. „Passen Sie auf, wie gut der alte Schweineferkel schon zu beißen vermag! Wenn ich den Stod hebe, so fanget er an: Bietet, auf daß ihr nicht in Versuchung fallet! Das Vater-Unser kam er von vorne und hinten sagen, in gleicher Schneelligkeit. Er befiert sich zusehend durch Gottes Huld. Nur hier und da fraget er noch freche Poesien in die Wand.“

„Saget er gebunden, in Ketten?“ fragte Friedrich Schiller und hielt häufig den Kieger im Schreiten auf; es war Hoven, als wankte der Freund.

„Langsam sieht er ein, daß wir ihn bessern und seine Seele vom Teufel zurückerstreiten. Aber er hat, schmerzlicherweiße, Rücksälle, die man streng kurieren muß; dann siet er in Ketten!“ General Kieger blieb stehen und hantierte im dunkeln Gang, ein schreiender Kieger fiel, die schwere Bohlen für freischte in den Angeln und schwang sich langsam und kummervoll auf. „Tretet ein!“ sagte der General ernst und hief sie, mit den Blicken, voranzugehen.

Sie standen in einem halbdunkeln, zellenartigen Raum, den eine kleine Luke färglich erleuchtete. Ein Strich hing von der Decke herab, an dem die kümmerliche Nahrung niederstieg, wenn Schubart, zur Strafe, ohne menschlichen Besuch, leiden mußte. Gewohnheitsmäßig sank die Lüre zu und würgte das Licht, das spärlich durch die Spalte geschlichen war. In einem Winkel hob sich eine verschwimmende Gestalt. Anzured, wie ein unwilliges Tier, das der Vändiger im Käfig aufstört, um seine Dressur zu zeigen. General Kiegers Kerker Schlüssel raffelten.

Ein fahles, verkettetes Anlitz sah ihnen entgegen, wrr hing das Haar in die zerstörte Stirn; ein wehleidiger Zug schlich um den Friedhof des einst so vollen, kühnen Mundes. Trübes Wasser debte in den starrenden Augen. Bradwasser der Seele. Langsam hob das Menschentier den bedenden Arm vors bleiche Gesicht; es wollte nichts sehen.

„Geh, holla! Benehm' Er sich!“ sagte Kieger, „will Er sich vielleicht schon wieder verfrachten? Tretet Er für alle meine Liebesmüh? Kommt Er her! Die zwei Herren haben mich seinetwegen arriert! Kommt Er her und

In noch typischer Weise tritt dieser Unterschied zwischen Wirklichkeit und Vorstellung zutage beim deutschen Weihnachtswetter. Hunderttausende von Menschen werden bereit sein, Stein und Wein darauf zu schwören, daß die von ihnen erlebten Weihnachtsfeste im deutschen Tieflande, zumal diejenigen, die sie in ihrer Jugend verbrachten, „regelmäßig“ tiefen Schnee und tüchtige Kälte gebracht haben. Und doch verwechseln sie dabei das deutsche Weihnachten, das sie in Wort und Bild unzählig oft dargestellt gefunden haben, mit dem, was von ihnen erlebt wurde, oder aber eine einzige Erinnerung an ein tiefwintertliches Weihnachtsfest überwuchert zehn andere, für die die rechte Erinnerung ein völlig anderes Witterungsbild zeichnen müßte, denn die Statistik lehrt und unwiderleglich, daß in der norddeutschen Tiefebene durchschnittlich auf zehn Winter mit fehlendem oder unwesentlichem Schnee nur einer zu entfallen pflegt, dem eine zusammenhängende, leidlich tiefe Schneedecke zu eigen ist.

Die Schneedecke ist überhaupt allgemein viel seltener ein Symptom des deutschen Winters, als man meint. Eine leidlich normale Erscheinung wird sie aber auch in kalten Wintern zumeist erst nach Weihnachten oder Neujahr. Im „Frühlingsmonat“ März ist eine beständige Schneedecke jedenfalls erdlich häufiger zu finden als im November und in der ersten Dezemberhälfte — wieder im Gegensatz zu der im Publikum, zumal bei den Städtern, herrschenden Vorstellung, die dem März, getäuscht von seiner rasch zunehmenden Menge an Tageslicht, ganz und gar nicht mehr winterlichen Charakter zuschreiben gewillt ist.

Kleines Feuilleton.

Die Filmwelt im Kriege.

Urban Gad, ein dänischer Filmbieler, beipricht in einem Aufsage in „Politiken“ die Lage der Filmindustrie im Kriege und die Schwierigkeiten, die ihr durch die große Weltkroftrophe bereitet worden sind. An solchen hat es freilich auch schon vor dem Kriege nicht gefehlt, und es ist sehr beachtenswert, daß nach Gads Angabe bereits vor dem August 1914 ein in Berlin aufgenommener Film in England, Frankreich und Nordamerika nicht gern gesehen wurde. Seitdem haben sich diese Dinge natürlich ganz wesentlich verschärft und besonders ist es Englands „schwarze Liste“, unter der die neutrale Filmindustrie schwer zu leiden hat.

Gad spricht offen aus, daß es nicht sowohl das Publikum, als die Filmleute selbst sind, die der vielbesprochenen Verbesserung des Films im Wege stehen. Das Publikum ist seiner Ansicht nach für Verbesserungen recht empfänglich, aber die Filmleute sind wirklich neuen, guten Gedanken nur schwer zugänglich und haben ein wirkliches Interesse nur für das, was nach dieser Kellame riecht. Man kennt ja diese bösen Filmreklamen mit ihren grellbunten Bildern, die abendrein häufig noch Szenen darstellen, die in den Sälen gar nicht vorkommen. Gegen dieses Kellamewesen ist die Zensur mit Recht eingegriffen — aber sanft erweist sie sich nach den Erfindungen des dänischen Verfassers wegen ihrer völligen Unberücksichtigung doch vielfach als ein wahres Ärgnis für die Filmindustrie. Er erzählt, daß ein Film, der in Berlin unbedenklich genehmigt wird, in Düsseldorf gewaltig beschnitten und in München zur Veränderung des Titels und Schlusses geztungen wird, während man ihn wiederum in Wien sogar zur Kinderdarstellung zuläßt und ihn in Stockholm kurzerhand als „verzehrend“ verbietet. Die allerberühmtesten Gesichtspunkte werden von der Zensur angegangen, sittliche, kriminalistische, ästhetische und moralische. Die sittliche Prüfung ist nach Gad noch lange nicht die schlimmste. Schwieriger ist es oft mit den religiös-moralischen Bedenken fertig zu werden. In einem Film Gads sollte eine Mutter ein Gebet für ihr krankes Kind verrichten. Das Gebet verbot die Zensur, weil das Kind, wie aus der Handlung des Dramas hervorging, — mebelich war! Späterhin stirbt das Kind. Da mußte wieder die Todesurkunde „gemildert“ werden. Ein Herzschlag

verneigt Er sich anständig! Auf der Stelle.“ Jedes Wort war ein drohender Stoßreich.

„Was wollen Sie?“ fragte lauernd eine hölzittreige Stimme. „Ich bin ein schlechtes Schauobjekt.“

„Das ist Doktor Fischer und das Doktor von Hoven!“ stellte Kieger vor.

Schubart versuchte schwerfällig eine zeremonielle Verbeugung aus seiner besten Zeit. Es war wie die Bewegung eines lahmen Hundes, der tänzeln will.

„Laß den Kieger gewähren,“ lästerte Hoven dem Freunde zu.

„Herr Doktor Fischer kennt den Schiller . . .“

„Der die Räuber“ schrie?“

„Zuvor!“ General Kieger wandte sich an seine Gäste: „Weil er brav war und zu meinem Geburtstag geziemend dichtete, hab ich ihm nämlich das Buch geliehen!“ Mit jugendlicher Elastizität drehte er sich wieder seinem Seelenküngling zu. „Freuet Er sich? Der Herr kann Ihm viel vom Schiller erzählen; Er muß ihm nachher auch Seine Rezension vorlesen!“

„Nid und Hand tasteten näher. „Wie sieht der Bühne aus? Sagen Sie!“

Friedrich Schiller streckte dem Armen die Rechte entgegen; das würdelose Possenspiel elkte ihn, doch er getraute sich nicht, Herrn Kiegers geschmackvollen festlichen Vorberreitungen vorzugreifen. Wie ein Christkind stand der Kieger, das böse Kinder, in grenzenloser Güte, reich beschert.

„Wenn Sie den Schiller sehen, so sagen Sie ihm, daß er in mir den Glauben an die Existenz menschenwürdiger Kühnheit wacherhielt . . .“

„Alles kommt von Gott! Richtwahr?“ examinierte Kieger, „wer am Menschen zweifelt, zweifelt an Gott! Vergeh' er das nicht immer! Wer den Nächsten haßt, haßt Gott!“

„Grüßen Sie den Schiller, küssen Sie ihn und sagen Sie, daß ich in meinem Elend froh sei, dies Werk erlebt zu haben, dies Geldwerk, in dem Deutschland der Spiegel vor die Bestrafte gehalten wird. Das Stück ist ein Sittenbild, das kein Zeugnen hinwegzuweisen vermag!“

„Als Sittenbild die „Räuber“ aufzufassen,“ sagte, strenge und mit beschledendem Kopfschütteln, Kieger, „wäre grundfalsch! Ich will das nicht noch einmal von Ihm hören!“ Er rollte böse die blutgefällten Augen.

„Saget da nicht, seit zwanzig Jahren, nebenan in der Zelle Herr Scheidelein aus Augsburg? Haben den nicht seine Brüder dem Herzog ausgeliefert, damit er ihn vom leichtsinnigen Lebenswandel ablenkte, dertweil sie seine Güter ge-

fand der Zensur „ungemüßlich“; er setzte dafür Kasern ein, die ihm also vermutlich die gemüßlichere Krankheit bedäunten.

Drei Monate am Isonzo.

So heißt der Urania-Nachbildvortrag der österröichischen Schriftstellerin Alice Schalek, die eine Zeitlang Kriegsberichterhalterin war. Bei der ersten Vorführung am Sonnabend sprach die Dame selbst ihren Text. Er ist manchmal etwas pathetisch und für das Pathos ist die Sprecherin zu geistig. Auch gehen die vielen italienischen und erst recht die slowenischen Namen — Mraz! Mraz! — am deutschen Ohr vorbei. Aber die Bilder sind von hohem Wert. Ich habe bisher niemals, weder in illustrierten Blättern noch auf der Leinwand Kriegsbilder gesehen, die einem den Krieg so anschaulich gemacht hätten. Der Umstand, daß es an der Isonzofront viele Stellungen gibt, die der Gegner und der höher oben liegende Freund einsehen kann, hat die offenbar äußerst geschickt verwendete Camera Alice Schaleks in seltener Weise begünstigt. Man sieht die Gräben langhin laufen, man sieht Gräben, Unterstände, an den Felsen „gepöste“ Häuschen und man ist föhlich mitten drin in dieser entsetzlichen wasserlosen Steinwüste, wo die Gräben nicht gegraben werden können, sondern — so oft im Feuer — durch Steinwälle, Sandföde, Panzerplatten erst gebaut werden müssen. Bis hinauf in die Säneregeien des Art kommen wir, wo der Italiener den Raschub beschießen kann und der Österröicher dafür den Ibrigen. Das ist ein beispiellos harter Krieg da unten im sonnigen Küstenland, und dieser Vortrag läßt uns erschauern vor dem, was Menschen aushalten können und ertragen müssen.

Die Getreidepolitik von Florenz.

Das Mittelalter hatte dauernd mit den Schwierigkeiten in der Lebensmittelerzeugung der Städte zu kämpfen, die uns jetzt erst wieder in der Kriegszeit betruht geworden sind. In allen Ländern wurden besondere Vorkehrungen und Einrichtungen getroffen, um das notwendige Getreide zu sichern. So hat auch Florenz eine eigene Getreidepolitik verfolgt. J. Labarre berichtet darüber in seinem französisch geschriebenen Werke über die italienischen Demokraten:

Unter den vollständigen Gesetzen hatten in diesen Zeiten entsetzlicher periodischer Hungernöte diejenigen besondere Wichtigkeit, welche die öffentliche Ernährung regelten. In Florenz wurde die Institution der „Getreidebeamten“ direkt nach der Revolution des Jahres 1282 geschaffen. Es war eine Kollektivmagistratur von sechs Personen, denen ein Notar und sechs Sekretäre zur Seite standen. Sie kauften das Getreide auf Kosten der Gemeinde, bewahrten es in besonderen Magazinen auf, verkauften es natürlich zum niedrigsten Preis, wenn sich das Bedürfnis geltend machte. Klein Ansehen nach waren sie mit einer starken Autorität bekleidet. Sie konnten Delegationen, sogar wirkliche Kommissaritäten in die Getreide erzeugenden Länder schicken; sie konnten Verordnungen erlassen und Strafen verhängen. Für die Durchführung ihrer Mission war in der Tat eine Art Polizei notwendig, die nicht ohne politische Bedeutung blieb. Es bestand ein grundsätzlicher Interessengegensatz zwischen der Stadt, die gewerbereich war und im größten Maßstabe konsumierte, und dem produzierenden flachen Lande. Die aus dem Volk hervorgegangene Behörde, welche die Macht innehatte, mußte die strengsten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Adligen, mit anderen Worten die großen Grundbesitzer, nicht mit Getreide, sondern Nahrungsmitteln aller Art ausfuhrten, die sie erzeugten, da der Export um so vorteilhafter war, je seltener diese Erzeugnisse wurden. In gewissen Fällen war es eine Frage von Tod und Leben für die Bevölkerung der Städte. Dieser Kampf zwischen der städtischen Demokratie und den abligen Agrikultoren wick sich lange hinziehen und Anlaß zu einer großen Zahl von Verordnungen und Gesetzen werden.“

Notizen.

— Schönherr erhält den Grillparzerpreis. Das Preisgericht der Grillparzerstiftung hat einstimmig den für 1914/17 fälligen Grillparzerpreis im Betrage von 5000 Kronen dem Schauspiel „Wolf in Rot“ von Karl Schönherr zurkannt.

— Die nuzbaren Nahrungsvorräte der Erde dürften nach „Technik für Alle“ auf etwa 425 Gramm zu betrueten sein, in welcher Menge sowohl positive wie wahrcheinliche Vorräte aufzummengelast sind. Die relativste Lagerstätte, d. h. jene, die auf kleinstem Raum die höchste Konzentration aufweist und demnach am billigsten liefern kann, besitzt Österröich in Zoodünsthal.

niesen? Es ist kein Recht in Deutschland, außer in Preußen, beim großen Fritz!“ Armselig baute Schubart die vernichteten Trümmer seines Körpers und seiner Stimme zur Höhe. „Ja, wohl, Herr General! Des Dichters Aufgabe ist es, wahr zu sein, schärfer zu sehen und seinem Volke mahnend voranzugehen!“

In Kiegers Augen war das Tigerfunkeln der Wut. „Halt Er sein Maul, sonst kommen die Ketten! Gott hat die Welt vollendet erschaffen! Alles geschieht nach seinem Willen und alles, was geschieht, ist daher gut!“

„Es gibt Ausnahmen, Herr General,“ sagte Schiller. „Bedenken Sie, daß auch Sie jahrelang unrecht leiden mußten!“

„Auch das kam vom allmächtigen und weisen Gott!“ Kiegers Stimme wurde, in der Erinnerung an die furchtbare Grausamkeit, die sein Ich zerstört hatte, leiser. Er kümmte demütig den Rücken. „Mir ist recht geschähen und der gültige Herr Herzog hat mich zum Heil gewiesen, durch wohlmeinende Strenge. Wollte des Allmächtigen Gnade geben, daß jeder seine Sünden so bedauerte wie ich und so Buße täte! Wer dem Nächsten gegen die Verdammnis hilft, hilft Gott!“

„Und wer den Nächsten quält und um sein Recht bestiehlt, besticht Gott!“

„Reinen Sie?“ brüllte zornrot Kieger, der keinen Widerspruch ertrag. „meinen Sie, Herr Schiller, Sie wüßten alles besser als ich?“

„Schiller?“ schrie Schubart gleich einem Verschmachteten, der plötzlich helles Wasser sieht. „Sie sind Er? Göttlicher Jüngling, brennender Kollege, Korn der Schöpfung, aus dir spriekt mein Wollen zur Tat!“ Schluchzend hielt er ihn umschlungen und wimmerte an seiner Brust.

Rühmützig kontrollierte Kieger, ob Herr Schubart heute auch ordentlich Staub gewischt hätte; er fuhr mit dem Finger prüfend die Leiste des Schenels entlang.

„Sie haben dem Armen große Freude bereitet, Herr General!“ sagte Hoven gewandt, um die Situation zu reiten. „Sie haben ein gutes Samariterherz, das man achnungslos lieben muß!“

„Ach was, er hätte mir nicht widersprechen sollen!“ knirschte Karl Eugens trauriges Erzeugnis, „nun ist die Ueberraschung beim Teufel!“

„Neugierig bin ich nun, die freundlichst angeregte Rezension zu hören!“ blieb Hoven unerbärgt höflich.

„Ach was; wenn's der Herzog erfährt, bekunnt mir meine Schwäche schlecht!“ Schubart, lah' er endlich den Herren los! Herr Schiller! Schluß gemacht! Wir gehen!“ Die Kerker Schlüssel raffelten. Schubart fiel schluchzend auf Stroh. (Fortf. folgt.)

